

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

27 (5.7.1950)



Generaldirektor Dipl.-Ing. Heino Nordhoff wurde am 3. 7. 1950 anlässlich der 250-Jahr-Feyer der Technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Wirtschaft zum Ehrendoktor promoviert. Generaldirektor Nordhoff wurde am 4. Januar 1950 in Hildesheim geboren und besuchte dort das Hain-Gymnasium. Anschließend ging er an die Technische Hochschule in Berlin-Charlottenburg und begann seine Laufbahn — nach Abschluß seiner Studien mit einer Arbeit über den Kranbau — als Konstrukteur im Flugzeugbau der Bayerischen Motorenwerke in München. 1936 übernahm Nordhoff bei der Adam Opel A.G. in Rüsselsheim zunächst die Organisation des Kundendienstes und wird später technischer Berater der Verkaufsführung. Die Opel A.G. berief ihn dann nach längerer Auslandszeit bei General Motors in den USA in ihren Vorstand und betraut ihn 1942 mit der Gesamtleitung der größten europäischen Lastwagenfabrik der Opelwerke in Brandenburg. Erst die völlige Demontage dieses Werkes setzt seiner dortigen Tätigkeit ein Ende. Nach dem Krieg widmet sich Nordhoff wieder verschiedenen Aufgaben in der Verkaufsführung der Opelwerke, bis er Anfang Januar 1948 als Generaldirektor die Gesamtleitung des Volkswagenwerkes übernimmt. Der Aufbruch des Volkswagenwerkes unter Leitung von Nordhoff ist bekannt. Schon im ersten Jahr seiner Tätigkeit stieg die Volkswagenproduktion um das Doppelte und erreichte im nächsten Jahr das Stadium, der Export nach fast allen Ländern Europas und Südamerikas wurde unter Nordhoffs Leitung planmäßig ausgebaut und macht heute rund 85% aller Exporte Niederfahrzeuge aus Nordhoff wieder gerade diese Aufgabe seine besondere Aufmerksamkeit zu, weil er mit großem Nachdruck den Standpunkt vertritt, daß ein ausreichender Export von Industrie-Erzeugnissen für die deutsche Wirtschaft eine Frage von Sein oder Nichtsein ist.

Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf S. 8 ist dem Karlsruhe-Rheinstadter gewidmet.

Seine Majestät, der Kunde

Zwei Beschlüsse, die den Einzelhandel betreffen, sollen hier gemeinsam unter die Lupe genommen werden.

Auf einer in Godesberg abgehaltenen Sitzung des Rates des Einzelhandelsverbandes Nordrhein-Westfalen wurde angeregt, daß der Verkauf von Tabakwaren in Gaststätten und Trinkhallen außerhalb der üblichen Ladenzeiten mit einer zusätzlichen Handelszeit von 20% erfolgen soll. Es wäre leicht, diesen seltsamen Vorschlag schon mit dem Hinweis auf die technische Undurchführbarkeit zu torpedieren; denn wie soll das kontrolliert werden, wie viel zusätzliche Besätze würde man brauchen, um dies zu kontrollieren und wieviel Schließungsmöglichkeiten würde es wohl geben? Das Prinzipielle an dieser Forderung interessiert uns viel mehr. Die Einzelhandelsverbände bemühen sich teilweise allein, teilweise durch Vorschub einer Industrie- und Handelskammer, den freien Wettbewerb zu behindern, an sie können. Man ist versucht, an die glorreiche Zeit des Dritten Reiches zu denken, als man dem Handel eine Funktion geben und als man ausgesprochen den Handel zum Verfall machen wollte. Der neue Vorschlag soll den Kunden bestrafen, der nicht rechtzeitig in einem autorisierten Tabakladen sein Zigarettenquantum für den Abend gekauft hat. Das nennt man dann Dienst am Kunden.

Oder nun, es ist ja eben kein Kunde des autorisierten Tabakladens, sondern durch seine Verpöpfung ist dieser dochwirdige späts Käufer Kunde der Gaststätte oder der Trinkhalle geworden. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden.

Es gab im Dritten Reich einmal einen Streit darüber, ob der Tabakverkauf durch Automaten vor seiner Tür aufstellen sollte. Die den Kunden nach dem Geschäftschluß bedienen konnten. Es ist damals ernsthaft erwogen worden, der Einzelhandel dürfte in eigenen Interesse keine Automaten aufstellen, denn sonst bewiese er ja, daß er keine Funktion habe und daß das Kundenbedienen ja auch ein Automaten ausführen könne.

Man vermute eine solche Bemühen nicht. Sie können von selbst, wenn man so merkwürdige Forderungen hört. Es gibt übrigens bereits Vorschriften, die im Prinzip auf das gleiche hinauslaufen. So gibt es Städte, in denen der Tabakverkauf verboten ist, sonntags Tabakwaren zu verkaufen. Deutschland ist nun das Land der Verbote, und wir haben uns damit schon vor dem Krieg den Welt Ruf der Lächerlichkeit verschafft. Vom Geist der Gewerbebetriebe spüren wir kaum einen Hauch. Das gleiche gilt für die ärztlichen Vorschriften des Sommerurlaubes. Dafür ein Beispiel: In einem der deutschen Bundesländer, in der Region des Sommerurlaubes auf dem 11. Juli festgesetzt worden. Man hat auf der einen Seite vorgelagert ge-

ruht, auch sämtliche Lederwaren in den Kreis der zu Sommerurlauberverkaufsstellen anzuhaltenden Waren einbezogen (man hat wohlwollend geschmilt, aber auf der anderen Seite hat man wieder einmal etwas verboten, nämlich die Preisangeberhaltung früher und jetzt. Diese ist in öffentlichen Anklagen unterlag. Warum? Warum ging man den Einzelhandel immer noch? Wer wundert sich noch, daß ein dauernd kontrolliertes und mit Verboten befestigtes Menschlein, das sich Einzelhändler nennt, sich nicht mehr an die Freiheit gewöhnen kann? Gängel man also nur, um einzeln zu wollen, oder gängel man etwa nur, um den Einzelhändler selbstständig zu halten, damit man einen Grund hat, ihn weiter zu gängen? Nicht so die Gewerbebetriebe aus? Auf der einen Seite bemüht sich die Bundesregierung mit einem Entwurf nach dem anderen, alle Wettbewerbsbeschränkungen aufzuheben, und auf der anderen Seite werden Wettbewerbsbeschränkungen aller Art als neue Füllungen besetzt. Gerade der Einzelhandel kann sich nur in der letzten Luft des freien Wettbewerbs entwickeln. Wohlverordnete Rechte gibt es nur bei Besuchen, aber nicht in der Wirtschaft, nicht beim Unternehmen. Nicht die Tatsache, daß ein Geschäft 50 Jahre oder mehr besteht, berechtigt zu einem Anspruch, sondern nur die unternehmerische Leistung, die täglich sich bewährt muß.

Es wird allgemein gesagt, daß die Wettbewerbsmoral einwandfrei ist. Es kommen nur selten und kaum nennenswerte Verstöße vor, obwohl der Konkurrenzkampf inzwischen wirklich hart und ernst geworden ist. Man würde nicht ein, daß dies wegen der Verbote und wegen der Aufsicht so sei; denn sonst könnte man genau so einwenden, daß ein Verbot geradezu dazu reist, es zu übertreten.

Es ist jetzt mehrfach erklärt worden, die Bundesregierung solle für ganz Deutschland einheitlich die Laden-schließzeiten regeln. Sie sollte bestimmen, ob der Mittwochnachmittag oder der Samstagvormittag die Zeit sei, an der man nicht einkaufen könne. Dazu würde zu sagen, daß genau gerade in einem so wesentlichen Punkt es völlig unmöglich ist, eine einheitliche Bundes-regelung zu treffen und daß zweifellos die Bundesregierung andere Sorgen hat, als sich damit zu beschäftigen. Es wäre auch hier gut, einmal zu unter-suchen, wie sich die Festsetzung von Laden-schließzeiten mit der Gewerbe-freiheit in Einklang bringen läßt. Man sollte nämlich einmal von Kunden aus-gehen, und nicht von Einzelhandels-geschäften. Wenn man in vielen Städten, die Geschäfte in der gleichen Zeit auf, und in der alle werktätigen Menschen ar-beiten, dann ist dies ein Unrecht.

Der Werktag ist nämlich, der keine treuergende Mutter oder Frau hat,

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 27 — 5. Jahrgang

Verlagsgesamt: Kitzingen

Karlsruhe, 5. Juli 1950

Preis 50 D-Pfennige

Produktion steigt weiter

Aber Aufwärtsbewegung verlangsamt sich - Preise sinken noch - Konkurse nehmen zu
Börsen trotz allem widerstandsfähig - Lastenausgleich droht wieder - Sonderbare Kapitallenkung

Welche Wirkung hatte bis jetzt der Korea-Krieg auf die Wirtschaft? Das ist die Frage, die wir uns heute hier zu stellen haben. Was sagen an dieser Stelle in der vorigen Ausgabe, daß dieser Krieg keine Wirkungen gehabt habe. Diese Ansicht ist inzwischen bestätigt worden von den Warenmärkten, nicht bestätigt worden von der New Yorker Börse. Die Warenmärkte haben sich international kaum bewegen lassen, nur Kautschuk hat seine Preise fortgesetzt. Nach der Entwicklung der letzten Zeit war dies aber zu erwarten und der Korea-Krieg hat vielleicht nur noch einen zusätzlichen Akzent gesetzt. Nicht einmal die Metalle sind gestiegen, obwohl man dies vielleicht doch hätte erwarten können. Dagegen sind in der vergangenen Woche an der New Yorker Effektenbörse 2 schwarze Tage zu verzeichnen gewesen, und das gesamte Kursniveau ist etwa um zehn Prozent zurückgegangen. Auch hier wird man sagen müssen, daß der Korea-Krieg der Anlaß, aber nicht der Grund für diese Baisse gewesen ist, was die kommunistische Agitation so gern behauptet, daß in den sogenannten kapitalistischen Ländern ein Krieg wirtschaftsbeherrschend wirkt und die Aktien in die Höhe treibt, wobei man natürlich besonders an die Rüstungspapiere denkt. Der Krieg ist vorläufig lokalisiert und spielt sich in einem Territorium ab, in dem ein großer Materialverschleiß kaum zu erwarten ist.

Fehlspekulationen

Es stimmt also zunächst einmal nicht, was die kommunistische Agitation so gern behauptet, daß in den sogenannten kapitalistischen Ländern ein Krieg wirtschaftsbeherrschend wirkt und die Aktien in die Höhe treibt, wobei man natürlich besonders an die Rüstungspapiere denkt. Der Krieg ist vorläufig lokalisiert und spielt sich in einem Territorium ab, in dem ein großer Materialverschleiß kaum zu erwarten ist.

Etwas anderes dagegen wäre zu erwarten und spielt sich schon hier und da durch die internationale Presse. Die Reaktion der USA auf die Ereignisse in Korea erstreckt sich ja nicht nur darauf, Truppen dorthin zu entsenden, sondern läßt eine ganze Kettenreaktion von Verteidigungs- und Verschärfungsmaßnahmen aus, die zunächst auf das Militärische beschränkt geblieben sind. Es kann nun wohl sein, daß diese militärischen Vorstöße auch wirtschaftliche Folgen, etwa eine Steigerung der Rüstungsproduktion und eine Erhöhung der strategischen Rohstoff- und Nahrungsmittelreserven. Daß dafür bis jetzt noch keine Anzeichen vorliegen, beweist das Stahlbleiben der Metallpreise. Es ist auch z. B. gar nicht so leicht möglich, die Stahlproduktion in den USA zu erhöhen, da ja die Kapazität bereits zu 102 Prozent ausgenutzt ist. Auch der hier und da schon zu hörende Optimismus in Hinsicht auf die Steigerung der europäischen Produktion in diesem Zusammenhang dürfte verfrüht sein. Das Steigen der Weizenpreise in den USA in der letzten Woche ist darauf zurückzuführen, daß die USA-Regierung voraussichtlich den Ankaufspreis für die neue Ernte erhöhen wird. Auf der anderen Seite hat Argentinien den Weizenpreis um 10 Prozent gesenkt, aber dieser Weizen ist nur einen Dollar zu haben, während also für die Länder mit weicher Währung nicht.

Die deutschen Börsen uneinheitlich... Die deutschen Börsen haben zwar auch auf den Korea-Konflikt reagiert, aber die Schwäche, die in der vergangenen Woche auftrat, hat tiefere Ursachen. Die Kursbildung ist an den deutschen Börsen viel von Zufälligkeiten abhängig, weil die Umsätze nicht allzu groß sind. Eine kleine Beunruhigung und ein paar Verkaufsbefehle mehr lassen erhebliche Schwankungen ausfallen. Gerade in der vergangenen Woche konnte man feststellen, daß nicht einmal von Börse

Politik und Wirtschaft

Es wird heute so leichtfertig gesagt, die Politik sei in doch immer nur von der Wirtschaft bestimmt und diktiert. Auch der Schuman-Plan regelt unter der Devisen- politische Einigung durch wirtschaftlichen Zusammenhalt.

Diese Behauptungen sind nicht nur gefährlich, weil sie kommunistische Parolen bestätigen würden, sondern auch weil sie zu falschen Schlüssen, also zu einer falschen Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung führen. Es ist wohl richtig, daß wir im Zuge einer gewissen Wahrung in den letzten Jahrzehnten weniger geworden sind, materielle Gründe für praktisch alles, was das Volkstum betrifft, zu suchen und auch zu finden. Dabei wird, ohne weiter nachzudenken, die Wirtschaft als etwas Materielles betrachtet. Aber liegt der gleiche Denkfehler vor, wie wenn man den dialektischen Materialismus eben als Materialismus versteht. Das ist er nicht. Es gibt Idealisten, die sich für den Materialismus einsetzen und es gibt Materialisten, die sich für Ideale einsetzen.

Es würde hier zu weit führen, die Beweise aufzuführen dafür, daß Gegen-spieler sich gegenseitig als Materialisten bezeichnen haben und bezeichnen konnten. Im Zusammenspiel der Völker sind aber mehr Momente zu beachten als im Spiel einzelner Menschen gegeneinander.

Es hängt an den Völkern nicht nur die Vergangenheit, die man auch Geschichte nennt, es gibt auch Triebe, die sogar einmal — trotz Vergangenheit — zueinander führen können. Es wird immer klarer, daß die europäischen Zusammenarbeit wirklich von den Völkern gewünscht wird. Das darf uns aber nicht dazu verführen, so glauben, daß sie durch einen wirtschaftlichen Zusammenhalt erreicht wird. Nicht einmal befestigt wird — es unbedingt dadurch. Noch immer haben geistige Kräfte über materielle Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten die Vorherrschend behalten. Selbst der beste und vernünftigste wirtschaftliche Zusammenhalt würde nicht halten, wenn der Wille zu einem Zusammenarbeiten der Völker überhaupt erlöschen würde.

Kann man 5 Tage in der Woche überhaupt ein etwas lautes, sondern ist auf den Samstagvormittag allein angewiesen. Es ist Zeit, daß wir uns darüber einmal Gedanken machen und nicht einfach Gewohnheiten übernehmen, die in Krisenzeiten und in Perioden der Marktwirtschaft richtig und notwendig waren.

So manche Gewohnheit ist im Zuge der Umstellung von Verkäufern auf den Käufermarkt von selbst verschwunden. Noch vor einem Jahr hielten alle Gaststätten und Konditoreien einen an dem Grundriss fest, an einem Tag in der Woche ihr Geschäft geschlossen zu halten. Bei den Konditoreien ist diese Gewohnheit schon länger abgelegt und bei vielen Gaststätten auch schon. Das ging ganz sanft und klanglos und ohne Beschlässe von Verbänden oder Innungen. Der Umsatz an dem sonst unrentablen Tag raste, und dieser Umsatz wurde gern mitgenommen. Vielleicht bestimmt man sich nun auch auf die Kunden, die stunden nach Feierabend noch etwas einkaufen wollen und vielleicht bestimmt man sich nach langen Jahren schlechter Gewohnheiten auf den Satz: Seine Majestät der Kunde hat recht.

brochen dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit steigen.

Wir gehen sogar so weit, zu sagen, daß nicht einmal ein wirtschaftlicher Zusammenschluß oder eine europäische Zahlungsunion mit Sicherheit Zeichen einer europäischen Verständigung sind. Solche Zusammenschlüsse können zweckmäßig sein und können sich auch in diesem Zweck bewähren, aber — damit kommen wir wieder auf die Politik von heute — wäre der Beitritt Englands zur europäischen Zahlungsunion ein Beweis dafür, daß England europäisch zu denken bereit ist? Genau so kann andererseits ein europäisches Land sich weigern, der Zahlungsunion beizutreten, weil sie sie nicht zweckmäßig für sich hält, und trotzdem kann dieses Land im übrigen sehr europäisch denken und bereit sein, für dieses Europa sich einzusetzen.

Für gewisse Dinge gibt es edel keine handfesten Beweismittel, und die Bewährung liegt in der Durchhaltbarkeit des Gedankens, nicht aber im Fortbestehen irgend einer Organisation. Gerade moderne Institutionen pflegen ein viel längeres Leben zu haben als die Idee, die zu ihrer Gründung geführt hat, und der Wille, sie bestehen zu lassen.

Pflegen wir also in erster Linie den Gedanken und den Willen zur Zusammenarbeit, dann wird auch das andere gegeben werden.

Berliner Brief:

„Kleine Metallblockade“ ohne Schutz

Wie schnell man die sowjetische Besatzungsmacht dazu bringen kann, den realen Tatsachen Rechnung zu tragen, hat sich in den letzten Tagen und Wochen gezeigt. Bekanntlich wurden seit Wochen in Wittenberge von den Sowjetischen Lastkähnen mit Schrott aufgehalten, die für Hamburg bestimmt waren. Unter den federndsten Vertretern der westlichen Wirtschaft in Karlsruhe verbanden sich man die Westfahrts-Kähne, und so waren wahrscheinlich keine noch nicht an ihrem Bestimmungsort eintrafen, wenn es nicht ein besonderer Umstand gesteuert hätte, das gleiche Verfahren gegen die unternahm Schifffahrt in Anwendung zu bringen. Bei der Anlegung der Berliner Wasserwege hat man ebenfalls nicht der Möglichkeit Rechnung getragen, daß die Hauptstadt Deutschlands eines Tages eine Viersektorenstadt werden würde, und so führen denn diese Wasserwege mit Unversehrlichkeit durch die von den Westalliierten besetzten Sektoren der Stadt. Man ging also dazu über, die nationale Schifffahrt an den Westberliner Schleusen gleichfalls einer Kontrolle der Ladepapiere und auch der geladenen Güter zu unterziehen. Es blieb damit nicht aus, daß sich Veränderungen in der Abfertigung der Kähne ergaben, und gleichzeitig kamen bis zu 70 und mehr Kähne vor den Schleusen. Das war der sowjetischen Besatzungsmacht um so unangenehmer, als sich darunter auch Kähne mit sowjetischen Reparaturmaterial für Stettin befanden, befanden. Selbstverständlich liest die Verfahren, das man nun in Wittenberge in Anwendung brachte, letzte Erörterung bei der sowjetischen Besatzungsmacht aus, die sich in einem Schreiben an die westalliierten Besatzungsmächte wandte und um Aufhebung des „Schlusses“ des Westberliner Magistrats ersuchte. Man behandelte hoffentlichweise von westallierter Seite dieses Schreiben einigermaßen kühl, denn in Wittenberge warteten immer noch die Schrott-

kähne auf ihre Freigabe zur Weiterfahrt nach Hamburg. Offenbar ging dieses Verfahren der sowjetischen Kontrollkommission allmählich doch auf die Nerven, denn man entschied sich ganz überraschend die Behinderung des Schiffsverkehrs in Wittenberge zu unterbinden. Es kam dann zu Besprechungen über den internationalen Binnen-schiffverkehrs-Verkehr durch britische und sowjetische Verkehrsabteilungen in Karlsruhe und wie von britischer Seite mitgeteilt wurde, verließen diese Gespräche in einer freundschaftlichen Atmosphäre. Es wäre durchaus denkbar, daß diese Atmosphäre weniger freundschaftlich gewesen wäre, ja, daß sie überhaupt erst gar nicht zu solchen Besprechungen gekommen wäre, wenn nicht, wie gesagt, bei der Anlegung des Berliner Kanalnetzes versäumt worden wäre, dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die Kanäle unter Umgehung der westlichen Sektoren der Stadt verlaufen. So wie die Dinge liegen, was man anzuwenden, den internationalen und nationalen Binnenschiffverkehr über die Westsektoren abzuwickeln, und das erweist sich, wie sich gezeigt hat, für den Osten als steigendmaßen unangenehm.

Wie verhandelt, haben bei den Besprechungen in Karlsruhe, beide Seiten den Wunsch geäußert, beide Seiten Schwierigkeiten zu beheben, und die Sowjets versicherten den Briten, daß die kürzlichen Schwierigkeiten in Wittenberge nicht mehr bestünden, und damit kein Grund mehr zu einer künftigen Behinderung des örtlichen Lastkahnverkehrs gegeben sei.

Neben dieser Aktion, die offenbar eine für beide Seiten befriedigende Lösung gefunden hat, läuft seit Wochen von der britischen Öffentlichkeit weniger berichtet, eine von den Sowjets inszenierte „Kleine Metallblockade“. Bei Holmstedt und Marienborn werden Verladungen des Westberliner Almetallhandels nicht nur behindert, sondern

In dieser Nummer:

- Kräftiger Anstieg des Elektro-Außenhandels
- Immer noch große Kreditlücke
- Amputierte Berliner Industrie
- Arbeitsvertragsgesetz Änderungsbedürftig
- Spanisch-italienischer Quecksilberkrieg?
- Industrieanleihe in England
- Holland auf dem Wege zur Industrialisierung

zu Börse die Tendenz einheitlich war. Es gab da z. B. einen Tag, an dem Stuttgart fest, München stetig und die anderen deutschen Börsen schwächer waren. Es fällt außerdem immer mehr auf, daß der Kurs eines Papiers erhebliche Unterschiede zeigt, je nachdem an welcher Börse dieses Papier gehandelt wird.

Ein ganz guter „Job“

Nach einer Aufstellung des „Christians Science Monitor“ bezahlte Deutschland ausländischen Reedereien weit über eine Milliarde Dollar jährlich an Frachtkosten für den Transport seiner Ein- und Ausfuhrwaren, davon geht der größte Teil an die amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften für den Transport von Marshall-Plan-Gütern. Daß diese Transportkosten nicht gerade billig sind, wissen wir. Etwa 15 bis 20% der für den Marshall-Plan gewährten Beihilfen fließen an die Transportunternehmungen. Solange diese Güter nach Deutschland verfrachtet werden, wird Deutschland kaum erwarten dürfen, seine eigenen Schiffe für diesen „Job“ einsetzen zu dürfen. Damit wird aber gleichzeitig offenbar, warum Deutschland keine Lockerung der bisherigen Schiffsverkehrsbeschränkungen in höherem Ausmaß erreichen kann. Es ist also weniger das Sicherheitsbedürfnis der Alliierten, das uns zwingt, Maßnahmen vorzuziehen, die die amerikanische Schiffahrt zu Gunsten der deutschen werden so gehandhabt, daß wir nicht einmal Schiffe für ausländische Rechnung auf Kiel legen können, die in Größe und Schnelligkeit den modernen Erfordernissen entsprechen.

Lastzüge werden angehalten, zurüdge-schickt oder sogar ihre Ladung beschlagnahmt. Als Begründung zu diesen Maßnahmen hat man sich eine einfache Formel ausgedacht. Wenn man die Verladeplätze nicht besetzt haben kann, dann behauptet man, daß sich in der Ladung aus der Ostzone gestohlene Metalle befinden. So wurden kürzlich von 2880 t Almetall 136 t beschlagnahmt, besser gesagt, widerrechtlich enteignet. Hier besteht offenbar für den Westberliner Magistrat keine Möglichkeit, wie sie auf dem Gebiet der Schifffahrt bestand. Die Sowjets haben also freie Hand, und es sieht über so aus, als wenn es wenig an „freundschaftlichen Besprechungen in Karlsruhe“ in dieser Angelegenheit hinterlassen seien. Enttäuscht ist es immerhin, daß die westlichen Alliierten, die vielleicht dazu in der Lage wären, nach diesen ähnlichen Mißbräuchen der sowjetischen Besatzungsmacht abzurufen, offenbar wenig an dieser die Westberliner Wirtschaft immens erheblich berührenden Frage interessiert sind. Vielleicht ist der Grund hierfür darin zu suchen, daß im Falle des Schrotts der englischen Eisenindustrie ein ungehindertes Belegen des deutschen Schrotts gegeben war, und daß man aus diesem Grund eine Verständigung mit dem Russen begründet hat. Der Fall lag ja auch einfacher, denn man konnte mit gleicher Münze heimzahlen.

Man sollte sich aber auf westalliiert Seite überlegen, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, auch die für den Westberliner Almetallhandel einblühenden Auswirkungen der unerträglichen Behinderungen an der Zonenzone sowie sie schadenlose Natur sind, abzumildern. Zweifelslos könnten die westalliierten Mittel und Wege finden, dies zu erreichen. Unter den gegenwärtigen Umständen steckt jedenfalls das Almetallgeschäft zwischen Westberlin und dem westalliierten Umkreisgebiet in einem Zustand der Unrentabilität.

teilt wird. Das Arbeitsvermögen ist noch keineswegs wieder voll im Gange.

Gleich ist in den vergangenen Wochen aus den Borsen viel über Kursesprünge, Wertschwünge und die Lustlosigkeit und Unsicherheit kommt nicht allein daher. Die hohen Blätterpreise der Länder und des Bundes, die schlechte Finanzlage der Deutschen Bundesbahn, deren Verschuldung um 100 Mill. DM zugenommen hat, und der Bericht des Bundesarbeitsministeriums, daß die bisherige Entlastung des Arbeitsmarktes fast ausschließlich auf Neubestellungen jahresfristlich bedingt sei, sind ebenfalls Faktoren, die sich auf die Arbeitsbeschäftigungsprogramme erst im geringen Umfang auswirken konnten, deren Faktoren, von denen kaum eine nennenswerte Anregung erwartet werden konnte.

Kräftiger Anstieg des Elektro-Außenhandels

Die günstige Entwicklung des Außenhandels im Jahre 1949 hat sich im 1. Quartal 1950 fortgesetzt. Die einzelnen Monate brachten folgende Ergebnisse:

Monat	Ausfuhr 1950 DM	Einfuhr 1950 DM	Übersch. 1950 DM
Januar 1950	14 235	3 883	+ 10 352
Februar 1950	14 302	3 164	+ 11 138
März 1950	30 231	4 183	+ 26 048
Jan.-März	48 768	11 230	+ 37 538

Gegenüber dem 4. Quartal 1949 ergibt sich auf der Ausfuhrseite eine Zunahme von 28,7% und auf der Einfuhrseite eine solche von 13,7%.

Die Ausfuhrbesserung im 1. Quartal 1950 hat auch zu einer Erhöhung des Anteils der Elektroindustrie an der Gesamtausfuhr Westdeutschlands geführt. Während 1949 nur 1,7% der Gesamtausfuhr auf die Elektroindustrie entfiel, lag der Anteil im 4. Quartal 1949 bei 3,2%, im 1. Quartal 1950 weiter auf 3,2% zu steigen (1939 0,4%). Trotz dieser wirklich glänzenden Entwicklung ist der Außenhandel der Elektroindustrie jedoch noch immer weit von dem Ergebnisse des Vorkriegsjahres entfernt. Die erzielten Resultate sind nur ein Bruchteil der Ausfuhrfähigkeiten, die die Vereinigten Staaten (1949 etwa 530 Mill. Dollar) und Großbritannien (1949 etwa 473 Mill. Dollar) erzielen konnten.

Präzise die Ausfuhrergebnisse des Berichtes nach den wichtigsten Artikelgruppen mit der Einfuhr zu zeigen. Die wichtigsten und drückendsten Gründe größerer Einfuhr- als Ausfuhrerlöse. Die Ursache dürfte in erster Linie in den z. Zt. noch geltenden handelsvertraglichen Vereinbarungen zu suchen sein. Da jedoch infolge der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie der Anreiz für Importe (mehr und mehr verlorengehen dürfte, kann für die kommenden Monate auch hier mit einem Rückgang der Einfuhr gerechnet werden. Inwieweit es dagegen der inländischen Industrie möglich sein wird, Exportgeschäfte gerade auf diesem Gebiet durchzuführen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, da sowohl für Gültigkeits- als auch für drückendsten Gründe eine Reihe früherer Abnahmehändler eine Eigenfertigung aufgenommen haben.

Die Zusammensetzung der Elektroausfuhr nach Warengruppen hat sich gegenüber dem Jahre 1949 nicht wesentlich verändert. An der Spitze liegen genau wie bisher Schalt- und Sicherungsgeräte, Installationsmaterial und nicht besonders genannte Apparate von Elektro-Maschinen sowie Kabeln und isolierte Drähte. Dagegen ist der Anteil der Elektroindustrie um 2,2% zurückgegangen und wurde von Metall- und Zählvorrichtungen und Magnet-Steuerapparaten einnahmehaltiger. Auch die Ausfuhr von Kohle- und Graphitgeräten für elektrochemische Zwecke nahm anteilhaftig um 2% ab, während Telephon- und Telefax- mit Draht eine Erhöhung um 3,3% des Gesamtanteils aufwies.

Die westdeutsche Elektroausfuhr zeigt für die europäischen Länder gegenüber 1949 eine Abnahme von über 8%. Wenn auch nur allmählich, so vollzieht sich allem Anschein nach doch die notwendige Ausweitung des bisher recht kümmerlichen Übersee-Geschäfts und damit gleichzeitig eine Anlehnung an die vor dem Krieg bestehende Zusammensetzung der Abnehmerländer Deutschlands.

Artikelgruppen	Ausfuhr		Einfuhr	
	1. Viertel-Durchschnitt 1950	1. Viertel-Durchschnitt 1949	1. Viertel-Durchschnitt 1950	1. Viertel-Durchschnitt 1949
Elektrische Maschinen	4 078	4 940	18,1	3 343
Akkumulatoren und Batterien	399	1 093	2,0	184
Kabel und Drähte	2 030	3 230	10,6	134
Bogenlampen u. Scheinwerfer	39	72	0,1	409
Glimmlampen	324	220	1,5	1 199
Telefon- u. Telegrafien m. Draht	1 033	3 023	5,2	1 060
Draht, Nachrichtensprünge	318	1 966	1,5	1 313
Met- und Zählvorrichtungen	1 341	4 080	6,3	359
Elektrische Haushaltsgeräte	502	1 498	2,4	243
Elektromotoren	2 318	3 358	10,8	312
Auto-Elektrik	1 023	3 200	4,9	45
Sicherungs- und Signalapparate	345	277	1,6	2
Isolierrohre, ausgenommen	—	—	—	—
Stahlpanzerrohre	69	121	0,3	—
Elektroableitungsapparate	1 076	2 883	5,2	168
Porzellanisolatoren	944	1 253	4,5	53
Elektrowerkzeuge	476	743	2,3	—
Elektro-Karren	7	44	0,1	—
Schaltplättchen	87	64	0,4	5
Elektro-Lokomotiven	4	579	0,02	—
Elektro-Öfen	1	54	0,1	—
Schaltgeräte, Installationsmaterial	—	—	—	—
u. sonstige, nicht erwähnte	—	—	—	—
Waren der Elektrotechnik	3 263	12 019	15,3	416
insgesamt:	25 844	40 238	100	7 440

Die vorliegenden Berichte lassen darauf schließen, daß der Liquiditätsbedarf der Wirtschaft nach wie vor sehr gering ist. Inwieweit es sich um den Zahlungseingang in diesem Berichtszeitraum eine schließende Tendenz behauptet, obwohl hier und da auch eine leichte Besserung feststellbar ist. Die Wechselkurse haben sich erhöht, Zahlungseinstellungen sind insbesondere in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Fast durchweg werden langfristige Zahlungseinstellungen, auch von sonst anerkannten und seriösen Firmen, in Anspruch genommen. Die Beschaffung von mittel- und langfristigen Krediten ist infolge der zu geringen Kapitaldecke immer noch das Kernproblem.

Abstaatländer	Ausfuhr		Einfuhr	
	1. Viertel-Durchschnitt 1950	1. Viertel-Durchschnitt 1949	1. Viertel-Durchschnitt 1950	1. Viertel-Durchschnitt 1949
Belgien-Luxemburg	2 277	3 423	7,0	663
Belgien	44	130	0,2	4,1
Dänemark	410	963	1,6	11
Finnland	300	879	1,4	—
Frankreich	283	741	1,1	223
Saargebiet	2021	3 186	7,9	1 071
Griechenland	345	1 213	1,3	—
Großbritannien	82	49	0,1	228
Italien	13	18	0,0	—
Irland	30	147	0,1	—
Island	61	108	0,2	—
Japan	358	1 702	1,4	1 528
Jugoslawien	451	3 285	1,7	—
Niederlande	3 404	8 409	13,0	2 684
Norwegen	1 360	1 854	5,3	—
Osterreich	1 960	3 357	7,6	139
Polen	379	131	1,5	—
Portugal	150	587	0,6	—
Rumänien	79	95	0,3	—
Schweden	2 935	4 848	11,3	485
Schweiz	103	3 922	0,4	1 206
Spanien	103	227	0,4	—
Tschechoslowakei	824	1 209	3,1	4
Ungarn	787	1 393	3,0	7
Europa:	35 228	49 050	100	10 198
Ägypten	27	183	0,1	—
Mosambik	29	142	0,1	—
Ubrige afrikanische Länder	341	303	1,3	—
Iran	250	501	1,0	—
Türkei	404	2 534	1,5	—
Indien	440	737	1,7	—
Indonesien	199	519	1,1	—
Ubrige asiatische Länder	225	281	1,1	—
USA	304	362	1,2	843
Brasilien	328	779	1,3	1 173
Chile	17	24	0,1	—
Kolumbien	18	44	0,1	—
Uruguay	363	294	1,4	—
Ubrige amerikanische Länder	170	460	1,0	—
Australischer Bund	189	363	1,0	—
Ubrige australische Länder	1	3	0,0	—
Nicht ermittelt	0	—	—	—
Überschw.	3 321	6 280	12,6	944
insgesamt:	25 844	40 238	100	7 440

der westdeutschen Elektroindustrie. Die Verlagerung des Anteils der europäischen Länder gegenüber dem der außereuropäischen Länder geht dagegen in erster Linie zu Lasten von Belgien, Luxemburg, der Schweiz, Österreich, Norwegen und Frankreich. Die süd- und ost-europäischen Länder erhöhten ihren Anteil von 13,8% im Jahre 1949 auf 15,5% im 1. Quartal 1950.

Immer noch große Kreditnot

Produktion steigt, Preise sinken weiter — Lu.H.-Kammer Karlsruhe berichtet

Aus dem Wirtschaftsbericht der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe für Mai/Juni 1950 entnehmen wir folgende Sätze:

Die Wirtschaftsbelebung scheint anzunehmen. Jedenfalls weist die industrielle Produktion, insbesondere im Maschinenbau, durchweg eine mehr oder weniger steigende Tendenz auf, die hauptsächlich auf eine Zunahme der Exportaufträge zurückzuführen sein dürfte. Erheblicherweise berichtet auch die Nahrungs- und Biochemie-Industrie von einer Besserung der Lage. Für den Brauereisektor ist die demnächst zu erwartende Steuersenkung ausschlaggebend für einen erhöhten Bierabsatz, der bisher noch nicht einmal 80% der Vorkriegsproduktion erreichte hat. Die Betriebskapazität hat sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie bisher gehalten und bedeckt um 80-90 Prozent herum. — Sowohl der Auftragsbestand als auch die Nachfrage ist nach den uns vorliegenden Meldungen in allen Sparten gut und hat zum Teil zugenommen, was besonders für die Zigarren-, Papier- und Zellstoff-, Pa-

piervorarbeitungs- und Elektro-Industrie sowie für die Nahrungsmittelbranche zutrifft. Die Nachfrage konnte allgemein befriedigt werden mit Ausnahme von der Zigarren-Industrie. Hier mußten, da die Nachfrage die derzeitige Produktionsleistung übersteigt, vornehmlich für die billigeren Sorten Verkaufsperren eingeleitet werden. — Entsprechend der günstigen Absatz-Situation zeigt die Umsatzentwicklung durchschnittlich eine steigende Tendenz.

Im Handel ist nach wie vor eine vorsichtige Bedarfsdeckung zu beobachten, und größere Lagerhaltungen werden noch vermieden, doch bewegen sich die Umsätze im großen ganzen in dem gleichen Rahmen, wie im letzten Berichteszeitraum. Der Lebensmittel- und Obst- u. Gemüsehandel klagt allerdings über empfindlichen Umsatzrückgang, der z. T. auch bei Haushaltsartikeln zu verzeichnen ist. Das Angebot ist in allen Branchen überreichlich, so daß in Bezug auf die Versorgung keinerlei Schwierigkeiten mehr bestehen. — Der Absatz läßt im allgemeinen zu wünschen übrig; bekanntlich eine Aus-

wirkung des herrschenden Geldmangels einseitig und das sich immer mehr verschärfenden Konkurrenzkampfes andererseits. Von einem lebhaften Geschäftslage berichtet der Schrotthandel. In der Bauwirtschaft macht sich der Mangel an kontinuierlichen Aufträgen weiter nachteilig bemerkbar, so daß verschiedene Entlassungen vorgenommen werden mußten. Die Ursache hierfür ist in erster Linie in den Anlaufschwierigkeiten des Wohnungsbauprogramms zu suchen. Allerdings erwartet man im hiesigen Raum auf Grund größerer Ausdehnungen in diesem Sommer noch eine verstärkte Bautätigkeit. — Der Baustoffmarkt ist gut beschäftigt.

Preisentwicklung

Das Pretniveau ist auch heute noch uneinheitlich. Die Industrie meldet vielfach erhöhte Einkaufspreise hauptsächlich bei Importrohstoffen wie Holz, Zellstoff, Baumwolle, Wolframäure, Silberblei etc. sowie Kupfer und Zink, was zwangsläufig auch bei den Verkaufspreisen teilweise eine steigende Tendenz auslösen wird. Für Rohstoffe betragen die Einkaufspreise teilweise heute bereits das zehnfache und zwanzigfache gegenüber den Vorkriegspreisen. Die Verkaufspreise sind bisher im großen ganzen stabil geblieben mit Ausnahme von Textilien. Hier werden sowohl von der Textil-Industrie als auch vom Handel erhebliche Preisrückgänge — ausgenommen Wolle — gemeldet, die überwiegend in der Überproduktion, dann aber auch in dem steigenden Konkurrenzdruck durch Importe aus der BWH-Zone zu suchen sind. Ebenfalls in der konjunkturschwachen Textil-Industrie einige Preisrückgänge durchzuführen, welche Preisrückführungen erzwängen. Trotzdem scheint die rückläufige Preisentwicklung der letzten Monate langsam zum Stillstand zu kommen. Bei Obst und Gemüse hält allerdings der Preisrückgang nach dem Bericht einer maßgeblichen Firma an

und ein großer Teil der Ware mußte sogar unter Einkaufspreis abgesetzt werden. — Auch die Bauwirtschaft klagt weiter über Preisunterbietungen infolge der noch immer ungenügenden Bautätigkeit. Unmittelbar beeinflusst werden diese aber auch durch die vielen mit der Gewerbetätigkeit entstandenen Neugründungen im Baugewerbe. Hinsichtlich der Arbeitsmarktlage haben sich bei Industrie und Handel keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Vereinzelt erfolgten Neubesetzungen. Entlassungen melden lediglich der Baugewerbe, die aber durch noch für die nächsten Wochen erwarteten Aufträge wieder ausgeglichen werden dürften. — Kräftebedarf besteht im Meisterschwachs für den Textilsektor, an jüngeren Textilfachkräften, Dekorations-, Sortierern und Sortierern für die Zigarettenindustrie sowie Facharbeitern für Maschinenbau (Maschinenbauern und Universalistern). — Lohn- und Gehaltserhöhungen fanden im Rahmen der tariflichen Neuregelungen — vor allem der Angestelltengehälter — rückwirkend ab 1. 4. 1950 statt.

Geld knapp

Die vorliegenden Berichte lassen darauf schließen, daß der Liquiditätsbedarf der Wirtschaft nach wie vor sehr gering ist. Inwieweit es sich um den Zahlungseingang in diesem Berichtszeitraum eine schließende Tendenz behauptet, obwohl hier und da auch eine leichte Besserung feststellbar ist. Die Wechselkurse haben sich erhöht, Zahlungseinstellungen sind insbesondere in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Fast durchweg werden langfristige Zahlungseinstellungen, auch von sonst anerkannten und seriösen Firmen, in Anspruch genommen. Die Beschaffung von mittel- und langfristigen Krediten ist infolge der zu geringen Kapitaldecke immer noch das Kernproblem.

Kreditproblem

Die wirtschaftliche Situation im gesamten kann schon mit Rücksicht auf den in den letzten Monaten laufend gestiegenen Produktionsindex keinesfalls

Wir greifen auf:

Bonner Großmannssucht

Der Haushaltsausmaß des Bundeslages hat einmal den Maßstab erreicht, weitere Mittel für den Ausbau der Bonner Ministerien zu verweigern. Das macht beim Volke einen guten Eindruck. Es wird aber kaum rechtzeitig erfahren, ob und wann weitere Mittel wieder stillschweigend flüssig gemacht werden. Der Haushaltsausmaß hat jedoch bisher nicht das erforderliche Rückgrat gezeigt. Als die Voranschläge des sog. „Büro Bundeshaushalts“ laufend überschritten wurden, und zwar sehr beträchtlich, hätte bereits eingeschritten werden müssen. Man hat zwar wie üblich einen Ausschuss zur Prüfung der im Rahmen von Kosten verbundene Aufträge eingesetzt. Dieser Ausschuss prüft seit einiger Zeit gewissenhaft, er verhindert aber nicht die weiteren Kostenüberschreitungen. Bisher ist es unbekannt geworden, daß für den Ausbau des Hauses des Bundespräsidenten vor der Wahl der provisorischen Bundeshauptstadt 100 000 DM veranschlagt worden sind, bisher wurden jedoch bereits mehr als eine Million DM „verbraucht“. Wir wissen nicht, warum in diesem Falle der Umbau mehr kostet als ein Neubau, was wir aber wissen, ist, daß wir ein armes Volk sind, dessen Wirtschaft noch nicht ohne ausländische Hilfe auskommen kann. Man hat ferner für das Dienstgebäude des hiesigen Auswärtigen Amtes den Betrag von über 3 Mill. DM vorgeschlagen. Es handelt sich aber, wie wir unterrichtet sind, um eine provisorische Hauptstadt. Es wäre also angebracht, auch dementsprechend zu bauen.

Auf den ausländischen Besucher macht es jedenfalls einen günstigen Eindruck, wenn unsere Behörden sich in jeder Weise schlicht und einfach geben. Ein sparsamer Mensch ist immer noch kreditfähiger und vertrauenswürdig als ein Verschwendender, was aber in Bonn angestrebt wird, macht den Eindruck einer Verschwendung, wenn nicht gar Hochstapelei.

Dem Bundesfinanzminister müßten die ständigen Überschreitungen der Voranschläge für staatliche Bauten bekannt sein, dennoch glaubt er für den Ausbau von Dienstgebäuden einen Vorgriff von 5,7 Mill. DM auf den kommenden Bundeshaushalt vertreten zu können.

„Kuhschweizerische“

Wenn es sich um Geld und Besitz handelt, hört die Gemütskraft auf, und der Kraft beginnt. Und nun ist es so weit. Die Schweizer sind rational geworden und bedürfen die Amerikaner als Gangsterbande, weil sie, die Amerikaner, sich nicht in das Washingtoner Abkommen über das Feindvermögen in der Schweiz halten wollen. Rastlos sind die Schweizer vor allem deshalb, weil sie sich über die Frage der Gesellschaft Interhandel, deren Tochtergesellschaft die General-Aniline Corp. (ein Handelsunternehmen), ist, nicht einigen können. Die schweizerische Verrechnungsstelle, die nach dem Washingtoner Abkommen zuständige Instanz, hat im Falle der Interhandel klar und eindeutig festgestellt, daß es sich um eine schweizerische Gesellschaft handelt, während die Amerikaner die Frage der Nationalität dieses Unternehmens ihren Gerichten vorbehalten wollen. Sie hätten, so heißt es, 29 Juristen mobilisiert, um aus Schwarz-Weiß zu machen. Die Amerikaner, die behaupten die Schweizer weiter, seien enttäuscht und wollen einen sogenannten Feindvermittler herausfinden, dazu prägen sie einen neuen Begriff und

Titel lockern ...

Der jugoslawische Botschafter hielt vor einigen Tagen in der Botschaft eine Rede, in der er wieder einmal die Verhältnisse in der Sowjetunion kritisierte. Er griff vor allem den dortigen Zentralismus an und erklärte, daß nach der marxistisch-leninistischen Lehre der Staat nach der Schaffung des sozialistischen Gesellschaftsbaus abzubauen sei. In Zukunft würden die Betriebe und Betriebsausschüsse die beherrschende Rolle spielen, der Betriebsdirektor wird ihnen unterstellt. Bis es so weit kommt, wird der Direktor weiter ernannt werden, später jedoch wird ihn der Betriebsrat wählen dürfen. Es handelt sich aber doch um eine Kopie. Die Sowjets halten dieses System strengstens fest, es ist gewachsen, es aber schlangelt wieder abgelehnt, weil es sich unvollständig auswirken begann.

Ein noch so guter Kommunist, der nach diesen Gesichtspunkten wird der Direktor in erster Linie gewählt, kann auf die Dauer, wenn der Betrieb wirklich etwas leisten, also nach Grundrissen der Restabilität arbeiten soll, nicht den geschulten Kaufmann und Techniker ersetzen. Es wird also ein Experiment. Und es wird wie das russische enden.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG
 G. m. b. H., Karlsruhe, Vorderstraße 6, Hauptbahnhof. Dr. Hans Heiser, Karlsruhe, Zuständige Verlagsstellen: Billigert/Bahn, Besondere Vertriebsstelle: G. m. b. H. Karlsruher Eisenwaren, Anstalten Karlsruhe, Vorderstraße 6, Dr. Zeit in Anwesenheit: Mr. J. Müller, Billigert und Druck: Schneider G. m. b. H., Karlsruhe.

Amputierte Berliner Industrie

Erst im Laufe der Zeit konnten die Unterlagen zusammengetragen werden, die einen Einblick in das Ausmaß der Kriegschäden gestatten, von denen die Berliner Industrie bis zum Zusammenbruch betroffen wurde. Diese Unterlagen sind in einem Memorandum des Stadtrats für Wirtschaft beim Westberliner Magistrat, Klingelhöfer, verarbeitet worden, das einen genauen Einblick für Westberlin gestattet. Es wäre müßig, zu erwarten, daß der „Oberbürgermeister“ einen gleichen Begeisterungsstand für die Öffentlichkeit unterbreiten würde. Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich deshalb nur mit Westberlin. Sie lassen jedoch, und das sei ausdrücklich bemerkt, erkennen, daß Berlin nicht nur infolge der großen Anzahl von Luftangriffen seit 1943 und infolge der Verluste bei den Kämpfen in der Endphase der Eroberung Berlins weitestgehend größere Kapazitätsverluste hinnehmen mußte, als die im Durchschnitt in der Industrie Westdeutschlands zu verzeichnen waren, sondern daß die zerstörten Demontage- und in aller Hand gerade in Westberlin von der Anzahl der westlichen Alliierten vorgenommen wurden, hochschätzbar eine amputierte Berliner Industrie hinterließ, an deren Aufkommen nur selbst Fachleute zweifeln. Schließlich hatten die Russen bis zum Beginn der Viermächteverwaltung der Stadt zwei Monate Zeit gehabt.

Könige Zahlen mögen das erschreckende Ausmaß der zerstörten Demontageanlagen in Westberlin belegen. Insgesamt wurden ohne kleinere Teildemontagen mindestens 500 Industriebetriebe von den Demontagen betroffen. Nicht wurden die gesamten maschinellen Anlagen entfernt. Bei Teildemontagen waren es meist zwischen 70 und 80% des Maschinenparks, und es waren nicht die schlechtesten Maschinen, teilweise Maschinen einstelligen Charakters, die man mitgehen ließ. Man wollte schließlich, daß man nach der Ankerung der Westalliierten in Westberlin keine SAG's würde konstatieren können, und so nahm man, was man nehmen konnte und hinterließ einen industriellen Toten, von dem man annahm, daß er auf sehr lange Zeit ein lebensunfähiges Gebilde bleiben würde. Wahrscheinlich ging man sich schon damals in der stillen, später jedoch nicht in Erfüllung gegangenen Hoffnung, daß die Westalliierten das Interesse an Berlin verlieren würden, und daß sie die Stadt den Sowjetmächtern überlassen würden. Als man daran gehen konnte Bilanz zu machen, ergab sich ein entmutigendes Bild. Auf der Basis des Jahres 1938, also unter Ausschuß eines Teiles der später geschaffenen Rüstungsindustrie Hütten, verließen der Westberliner Industrie folgende Bruchteile ihrer Kapazität:

1943 verbleibende Kapazität der Westberliner Industrie in Prozenten von 1938:	
Metallurgie insgesamt	13
davon NE-Metallindustrie	10
Gießereindustrie	15
Maschinenbau	9
davon: Werkzeugmaschinenbau	30
Fahrzeugbau	10
Stahl- und Eisenerzeugung	15
Elektroindustrie	20
Feinmechanik und Optik	20
Fleisch- und Metallwarenindustrie	10
Chemische, Kautschukindustrie	40
Steine, Erden, Glas, Keramik	60
Holzindustrie	40
Druckgewerbe	35
Papierverarbeitung	40
Leder, Textil und Bekleidung	50
Angewandte Industriezweige insg.	33

Noch deutlicher wird das Ausmaß der Verluste durch die sowjetischen Demontagen durch die Zahl der demontierten Maschinen bei den größten und wichtigsten Industriebetrieben der Elektroindustrie, der Maschinenindustrie, der Feinmechanischen Werke und des Druckgewerbes. Diese Zahlen, die sich nur auf zwanzig führende Unternehmen Westberlins beziehen, also nur einen kleinen Teil der insgesamt von den Demontagen betroffenen Betriebe erfassen, sind sicher beachtenswert für die Sachkenntnis der sowjetischen Demontierer. Insgesamt waren es 33.000 zum größten Teil außerordentlich hochwertige Maschinen und Präzisionsgeräte. Man verschmähte auch Stopfbüchsen der Kalkulationsabteilungen nicht.

An Verlusten an ihrem Maschinenpark durch Demontagen hatten zu verzeichnen:

Siemens-Schuckert-Werke	7.000
Siemens & Halske	5.000
AEG (Westberliner Betriebe)	7.000
C. Lorenz A.G.	1.000
Mix und Geisert	1.000
12 Betriebe der Westzweigmaschinenindustrie	24.000
Maschinenfabrik Bergig	rd. 2.000
Akemia-Werke	3.100
Deutscher Verlag	300
Insgesamt	33.000

Selbstverständlich mußten Verluste dieses Ausmaßes, die praktisch einer völligen Vernichtung der maschinellen Kapazität der wichtigsten Berliner Industriezweige gleichkamen, die schwerwiegendsten Rückwirkungen auf die Industrie, die Arbeitnehmer und darüber hinaus auch auf die Stadtverwaltung und die Finanzen haben. Aber das hätte man ja offenbar beachtet, als man diese Monstr-Demontagen vornahm.

Man irrt sich

Trotz aller Schwierigkeiten gingen die Westberliner Unternehmen daran, wieder in ein, wenn auch verengt beschränktes Produktionsstadium zu kommen. Das ist ein einmal unproduktive Arbeit bei der Wiederherstellung der Arbeitsplätze, der Bergung von Maschinen aus den Trümmern und ihrer Wiederherstellung, geleistet werden mußte und daß vielfach noch bis zum heutigen Tage arbeitensintensive Methoden angewandt werden müssen, die eine Serienherstellung nicht gestatten und die Produktion verlangsamt, liegt auf der Hand. Aber die Berliner ließen sich nicht beirren. Sie setzten und zwar nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter, alles daran, ihre Betriebe wieder in Gang zu bringen. Das war nicht einfach, denn die sowjetische Besatzungsmacht hatte sich nicht damit begnügt, den Maschinenpark zu demontieren, sondern sie hatte außerdem alle erreichbaren Roh- und Hilfsstoffe abtransportiert. Auch die Konstruktionszeichnungen ließ man mitgehen. Dabei wollten die Berliner Arbeiterschaft und die Unternehmer, daß der riesige Bedarf der Milieustadt an Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern nur gedeckt werden konnte, wenn die Industrie arbeiten und im Export wieder in Gang kam. Der Vorkriegsexport entfiel jedoch in der Hauptsache auf die am stärksten demontierten Industrien Berlins. Diese Exporte verteilten sich 1938 wie folgt in Mill. RM:

Gesamtberlin in %	
Achtel	
Westberlin	
Maschinenbau	56,7 40,3 71
Elektroindustrie	138,8 99,3 77
Feinmechanik u. Optik	12,7 8,7 76
Metallwarenind.	13,8 8,6 82
Insgesamt	212,0 157,8 74,5

Allein diese vier um 60-80% demontierten Industriezweige Westberlins lieferten also 1938 Waren für rund 158 Mill. RM für den Export.

Die Blockade Berlins steigerte dann noch die Schwierigkeiten, und doch wurden sie überwunden. Auch die Blockade der Millionenbevölkerung erwies sich für die Russen als ein Schlag ins Wasser. Inzwischen hat nun die Elongiererei Westberlins wieder eine Leistungsfähigkeit von 55% auf der Basis von 1938 erreicht, die Metallgießerei von 60-65%, die NE-Metallindustrie von 30% der Maschinenbau von 30%, die Elektroindustrie von 30%.

Aber das genügt noch lange nicht, um Berlin wieder zu seinem Wirtschaftsleben zu verhelfen, das eine Existenz aus eigener Kraft ermöglicht. Abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten ist außerdem die Flackkraft der Westberliner Industrie durch die Demontagen außerordentlich geschwächt. So gibt Siemens-Schuckert den Wert der durch die Demontagen verlorengegangenen Maschinen mit 225 bis 250 Mill. RM an, die Firma Siemens & Halske mit rund 240 Mill. RM, die AEG für ihre Westberliner Betriebe mit 40 Mill. RM, den Wert der abtransportierten Rohmaterialien mit 25 Mill. RM an. Insgesamt liegen die Schäden bei 15 erfaßten Betrieben zwischen 400 und 350 Mill. RM. Bei so großen finanziellen Verlusten kann es nicht überraschen, daß die Westberliner Industrie die zur Erzielung einer rationalen Produktion erforderlichen Neuanstattungen nicht aus eigener Kraft finanzieren kann.

Die bisher wiederhergestellten Kapazitäten sind so geringfügig der Fortschritt seit 1948 auch sein mag, nicht nur, um die Vollbeschäftigung der Westberliner Bevölkerung zu sichern, ferner um genügend industrielle Gegenwerte für den Ausgleich der Berliner Wirtschaftsbilanz zu schaffen und eine Serienfertigung in ausreichendem Umfang zu ermöglichen. Das Fehlen hochwertiger Spezialmaschinen und Einzelmaschinen sowie sonstiger Produktionsrichtungen und -mittel, die erst eine rationelle Fertigung ermöglichen würden, hat zu einer Kostenüberhöhung geführt, die der Westberliner Industrie den Weltbewerbsvorteil außerordentlich erschwert.

Arbeitsplatz und Produktionswert

Im vergangenen Jahr ist es nun der Westberliner Industrie gelungen, immer mehr von den arbeitsintensiven Methoden zu einer rationaleren Fertigungsweise zu kommen. Leider hat dies auch ungläubige Rückwirkungen gehabt. Der unbereinigten Produktionswert konnte

Eisenverarbeiter für marktregelnde Absprachen

Wiederholt haben Kreise der Eisenverarbeitenden Industrie darauf hingewiesen, daß ihnen marktregelnde Absprachen gestellt werden müßten, um sowohl dem Druck ihrer Lieferanten als auch dem starken Abnehmergruppen gegenüber zu sein. Insbesondere gäben die verschiedentlich weitgehenden Forderungen der Abnehmer nach Preisniedrigungen usw. Anlass zu beträchtlichen Schwierigkeiten, weil das geltende Verbot von Kartellabsprachen eine einseitige Abwehr solcher Forderungen nicht zuließ. Auf der einen Seite setzen sich die meisten Branchen der Eisenverarbeitenden Industrie dem einseitigen Verkaufsbedingungen gegenüber, auf der anderen Seite ist es jedoch für sie schwierig, bei schlechter Beschäftigungslage die Ansprüche ihrer Kunden abzulehnen.

Die im Wirtschaftsverband Stahlverarbeitung zusammengeschlossenen Unternehmen der Eisenverarbeitenden Industrie sind wegen der erwähnten Sachlage an der bevorstehenden Entscheidung über die Wettbewerbsordnung in besonders hohem Maße interessiert. Die Unternehmen stehen zwischen der Montanindustrie und den großen Abnehmern der öffentlichen Hand (Eisenbahn, des Bergbaus, des Maschinenbaus und des Großhandels). Diese Sonderstellung wird noch dadurch erschwert, daß die Art der Produktion Änderungen des Produktionsprogramms nur wenig gestattet. Deshalb wurden marktregelnde Absprachen in diesem Teil der Eisenverarbeitenden Industrie bereits früh als notwendig anerkannt und nicht als Mißbrauch empfunden.

Umfangreicher Schrott-Transport aus Berlin läuft an

Nach Bekanntwerden der sowjetischen Zusage, den Eisenverarbeitenden Industrieverkehr auf der Elbe an der Sowjetzugangszone bei Wittenberge nicht mehr zu behindern, haben zahlreiche Schrott-Transportunternehmen Lasttransport in das Bundesgebiet angefordert. Beim Berliner Magistrat sind eine große Zahl Warenbestellheime für Schrott-Transporte beantragt worden. Wie am 1. Juli von zuständiger Seite verlautbart, hat der erste Schrottzug nach Inkrathren des heilich-sowjetischen Übereinkommens über den Eisenverarbeitenden Industrieverkehr die Kontrollstelle bei Wittenberge bereits unbefristet passiert.

Deutsche Waren in Schweden billiger als britische

Deutsche Waren sind auf dem schwedischen Markt in großem Umfang billiger als entsprechende britische. Ferner sind die deutschen Lieferfristen vielfach kürzer, was in maßgebenden Wirtschaftskreisen erklärt. Bisher habe die schwedisch-deutsche Handelsbilanz eine wesentliche Vergrößerung der schwedischen Käufe in Deutschland verzeichnet. Durch Transporterleichterungen zwischen den beiden Ländern werde beträchtlich zu erweitern. Von der Zeit in Frankfurt stattfindenden Verhandlungen werde eine weitere

brutto von 84,3 Mill. DM im Januar auf 113,3 Mill. DM im Dezember und bis zum März weiter auf 128 Mill. DM stiegen und der Produktionswert je Beschäftigten von 497 DM im Januar auf 622 DM im Dezember und 690 DM im März 1950, wobei die Werte bis April in DM-Öst und -West gemischt erreichten, doch hatte das zur Folge, daß in Betrieben mit mehr als sechs Beschäftigten die Zahl der Beschäftigten von 173.075 im Januar auf 138.039 im Dezember sank und bis zum März weiter auf 121.438 fiel. Diese Arbeitsplatzverminderung dürfte in der Hauptsache durch bessere Fertigungsmethoden in der Großindustrie eingetreten sein. Ein anderes Bild ergibt die Zahl der beschäftigten überhaupt, also auch außerhalb der eigentlichen Industrie, im Handel, im Verkehrswesen usw. Hier waren es bei einer Erwerbstätigenzahl von 819.000 im März rund 774.000, die in Arbeit standen. Bis Ende Mai stieg die Zahl der Erwerbstätigen auf 1,61 Mill., während die Zahl der Beschäftigten auf 736.000 zurückging. Erleichterungen von im Oktober beschäftigten Westberlinern und der Zusage an politischen Flüchtlingen, Vertriebenen, die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen, als es in der Tat im Voraus in Berlin in der kommenden Zeit ankommt, ist die Erstellung von Aufträgen für die Industrie. Die Arbeitsplätze können geschaffen werden und Arbeiter sind ebenfalls vorhanden. Natürlich bedarf es dazu auch einer großzügigen finanziellen Hilfe, die Stadtrat Klingelhöfer in der Abwertung von ERP-Geldern, die für Westdeutschland bestimmt sind, und in anderen finanziellen Maßnahmen sieht, sowie in der Errichtung einer Kärntnerstraße mit Regierungsgewalt, die aber die Anpassungsfähigkeit und Initiative von Privatunternehmen besteht und ähnlich der Tennessee Valley Authority Roosevelt arbeitet. Auch dann würde es wahrscheinlich noch einige Jahre dauern, ehe Berlin 40 bis 50% der Leistungsfähigkeit von 1938 erreicht. Wie sehr Westberlin bemüht ist, sich selbst zu helfen, kann man daran ersehen, daß der Export von 3,2 Mill. DM im Januar 1950 auf 6,5 Mill. DM im März stieg und mit Rücksicht darauf, daß der April nur 2,3 Mill. DM hatte, sich im April mit 4,5 Mill. DM behaupten konnte. Diese Summen reichen aber bei weitem nicht aus, ein wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Soll also Berlin nicht für die Dauer das Armenhaus Deutschlands bleiben, so tut schnelle Hilfe in finanzieller Hinsicht und durch Anlyseverfahren gut.

Paul Speller

Lebensversicherungs-Neuzugang

Die Neuzugänge bei den Lebensversicherungsunternehmen beliefen sich nach einer vorläufigen Feststellung des Lebensverbandes im I. Quartal 1950 auf 20.900 Verträge mit einer Versicherungssumme von 612,4 Mill. DM. Bemerkenswert hoch ist der Anteil der Klein-Lebensversicherungen an den Neuzugängen mit 832.509 Verträgen mit einer Gesamtversicherungssumme von rund 219 Mill. DM.

Diesem Neuzugang entspricht ein Brutto-Prämienzuwachs von 38 Mill. DM Jahresprämie, der naturgemäß zu einem erheblichen Teil für Versicherungsleistungen (Todesfälle, Heirat bei Aussteuerversicherungen usw.) in Anspruch genommen wird.

Der Neuzugang lag etwas unter den Ergebnissen des IV. Quartals 1949. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß erfrahrungsgemäß das Neugeschäft zum Jahresende meist über dem Durchschnitt liegt, weil viele beim Abschluß einer Lebensversicherung das Bestehen haben, die Steuervorteile auch für das zu Ende gehende Jahr noch in Anspruch zu nehmen. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß in den Zahlen über das Neugeschäft auch der Währungsreform nicht nur der laufende Neuzugang, sondern auch das infolge der Währungsreform zusätzliche „tackte“ Bedürfnis nach Versicherungsschutz seinen Ausdruck gefunden hat. Daher wird sich vermutlich die weitere Geschäftsentwicklung ausgeglichener gestalten, zumal der Nachholbedarf wohl heute weitgehend gedeckt sein dürfte.

Wieder Hütte

Mähriges Jubiläum als Aktiengesellschaft im 100jährigen Bestehen Die Wieder Hütte AG, Wieda (Harz), begann am 30. 5. 1950 die Feier ihres 100jährigen Bestehens als Aktiengesellschaft. Hinter diesem Jubiläum verbirgt sich die mehr als 100jährige wechselvolle Geschichte dieser Eisenhütte, die über die Jahrhunderte einen steten Existenzkampf für das Weitergeben der Belegschaft und damit auch für den Harzort Wieda geführt hat. Heute stellt die Wieder Hütte, die überdies auch eines der ältesten norddeutschen Oberwerke ist, seltene Ofen, gußeiserne Herde, Dach- und Stallfenster, Ausgußbecken und sonstigen Handelsgut her.

KARLSRUHER

LEBENSVERSICHERUNG A.-G. URSPRUNG 1835



**DAS VON DER WIRTSCHAFT BEVORZUGTE
UNTERNEHMEN FÜR KAPITAL- UND
RENTENVERSICHERUNG**

Arbeitsgerichtsgesetz änderungsbedürftig

Die Arbeitsgerichtsbarkeit der Nachkriegszeit hat ihre Grundlage im Kontrolltagengesetz Nr. 21 vom 1948. Der Bundesjustizminister und damit beschäftigt, eine neue Fassung des Arbeitsgerichtsgesetzes auszuarbeiten. Das lenkt die Aufmerksamkeit erneut auf dieses Gesetz, das sich in der Praxis wenig bewährt hat. Es hat sich als nicht zweckmäßig erwiesen, die Arbeitsgerichtsbarkeit dem Ressort des Justizministeriums zu dem sie nach der alten Regelung im Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. 12. 1926 gehörte, zu entziehen und dem Arbeitsministerium zu unterstellen. Früher hatte die Rechtsprechung ein hohes Niveau, das dem der ordentlichen Gerichte gleichkam. Der Kontrolltag hat jedoch geglaubt, die Arbeitsgerichtsbarkeit der Arbeitsverwaltung eingliedern zu sollen. In der gleichen Richtung liegt die Bestimmung, daß Vorsitzende der Kammer erster Instanz auch Nichtjuristen sein dürfen. Dieser Grundsatz ist in der Ostzone zwischen noch stärker als im Bundesgebiet betont worden.

Selbst bei bestem Willen die Verhandlungen zu ihren alten Verhältnissen nicht gleich lösen können. Damit ist aber schon eine gewisse Einseitigkeit gegeben.

Besonders werden Klagen laut gegen die Bestimmung, daß Anwälte als Prozessvollmachtigte vor den Arbeitsgerichten I. Instanz nicht auftreten dürfen. Dadurch werden kleinere Arbeitgeber und nicht organisierte Arbeitnehmer, die sich häufig eines Rechtsbeistandes nicht beschaffen können, unter Umständen benachteiligt. Diese Bestimmung wirkt in der Praxis z. B. als ein Druck, den Gewerkschaften beizutreten. Der nicht organisierte rechtsuchende Arbeitnehmer sieht sich im Prozess oft einem Werks- oder Verbandsgewerkschaftsgegenübergestellt, so daß er das Gefühl hat, in der schwächeren Position zu kämpfen. Der Arbeitgeber aber findet nicht bei jedem Arbeitsgericht kleiner. Eine rechtliche Geschäftsführer eines Arbeitgeberverbandes, so daß auch er vielfach ohne Rechtsbeistand sich gegenüber einem rechtskundigen Gewerkschaftsfunktionär verteidigen muß.

Die Erfahrungen, die im Westen mit Leinrichtern als Vorsitzenden gemacht wurden, sind ungünstig. Auch ist die Unabhängigkeit der Arbeitsrichter nicht in der gleichen Weise wie bei den ordentlichen Richtern vorhanden, da sie nur auf Zeit bestellt sind. Sie kommen meist aus den Reihen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und werden

Was frisst



ein Bombierwolf?

- Alltäglich einige Hundert schwerer, widerpenstiger Druckschläuche, mit denen er unter fürchterlichem Getöse die halbierten Reifen „vorfährt“. DUNLOP in Hanau verfügt über eine ganze Menge dieser mächtigen, kraftvollen Maschinen.

Von DUNLOP wurde der Luftreifen erfunden, von DUNLOP wurde er entwickelt. Heute baut DUNLOP mit den ältesten Erfahrungen im Reifenbau und den modernsten Einrichtungen - wirklich erstklassige Reifen für jeden Zweck und jede Straße.



**Zur Sicherheit
DUNLOP**

REIFEN AUS HANAU SIND GUTE REIFEN

Aus der deutschen Wirtschaft

Englische Zone

Der Bund hat im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms für die mit Flüchtlingen überbesetzten Länder einen Betrag von 45,3 Mill. DM für die landliche Siedlung zur Verfügung gestellt, die sich wie folgt aufteilt: Schleswig-Holstein 15.000.000 DM — Niedersachsen 14.000.000 DM — Bayern 16.300.000 DM.

Der kürzlich beim Hüttenwerk Walsstiedt angelegte zweite Hochofen hat nicht, wie verschiedentlich behauptet wurde, eine Erhöhung der Rohstahlerzeugung auf 20.000 t monatlich, vielmehr soll künftig bei der Erzeugung von Umhüllstählen für die Rohrleitungen vorwiegend das verhältnismäßig eisarme Kalziumblech verwendet werden. Beim Betrieb mit einem Hochofen war dies nicht möglich, ohne die Erzeugung weit unter das Soll abzusinken zu lassen. Durch die Inbetriebnahme des zweiten Hochofens ist es möglich geworden, Bleiersatz zu verhindern und die Produktions-Soll von etwa 20.000 t Umhüllstählen im Monat vor zu erfüllen. Außerdem sollen nach Aufhebung des Stahlbarges künftig ebenfalls 2000 t Gießerei-Rohrblech für die Gitter hergestellt werden. Die gesamte Eisenerzeugung des Hüttenwerkes Walsstiedt wird sich dann auf etwa 23.000 t Rohstahl monatlich belaufen.

Nach der rückläufigen Verkehrsentwicklung im April lag der Gesamtumschlag des Stahlbarges künftig ebenfalls vorliegenden Meldungen der Halbeschlagbetriebe mit 1944/47 um etwa 11 Proz. über dem Ergebnis des Vormonats. Der allgemeine Verkehrsanstieg an dem mit Ausnahme von sämtlichen Häfen beteiligt waren, ist in der Hauptsache auf die erhöhte Einfuhr von flüssigen Treibstoffen und vermehrtem Stückgutumschlag zurückzuführen.

Im Mai wurden von deutschen Reedern sieben Frachtschiffe mit 20.987 BRT im Ausland angekauft. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Schiffseinfuhren aus dem Ausland seit dem 1. Januar d. J. auf 36 Schiffe mit 134.84 BRT.

Eine Untersuchung des Institutes für Genossenschaftswesen an der Universität Köln über die Bewirtschaftung von Fischlings-Genossenschaften stellt fest, daß von 94 in Nordrhein-Westfalen gemeldeten Fischlingsgenossenschaften nur noch 17 übrig sind. Es handelt sich dabei um 15 Einzel- und Verkaufsgenossenschaften und zwei Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Die Umsätze waren bei allen Genossenschaften sehr gering. Das Institut kommt deshalb zu der Auffassung, daß die bisherigen Erfahrungen der Genossenschaftlichen Organisationen der Osterrheinischen Genossenschaft, daß die Gründung von Fischlings-Genossenschaften nicht vorzuziehen ist, in diese in ihrer schwachen, postwarigen und materiellen Fundierung der scharfen Konkurrenz nicht gewachsen sind.

Die Gesellschaftsverordnung der Ruhrtaleporen-Gesellschaft hat aus steuerlichen Zweckmäßigkeitsgründen beschlossen, die Ruhrtaleporen GmbH in einen öffentlich-rechtlichen Wasserverband, der den Namen „Urft-Verband“ tragen soll, umzuwandeln. Die Ruhr-Taleporen GmbH ist Eigentümers der Urft-Taleporen bei Gündel in der Eifel. Anteilhaber sind die Moschauer und Göttschinger-Holzwerke.

Im Juni wurden rund 7924 Volkswagen hergestellt gegenüber 6917 im Vormonat. Davon wurden 3923 Volkswagen (38%) exportiert. Zum erstenmal gehörte auch das Karzergebiet zu den Abnehmern. Die Lieferwagenproduktion stieg von 334 im Mai auf 591 im Juni.

Das Bankhaus C. G. Trinkhaus, dessen Bankgebäude durch Kriegszerstörungen zerstört war, hat einen Neubau auf dem Grundstück 30a zerstörtes Haus errichtet, in dem der Geschäftsbetrieb am 23. Juni aufgenommen wurde.

Die Kundenkredit GmbH verleiht gegenwärtig über 18 Filialen in Nordrhein-Westfalen. Man rechnet in diesem Jahre mit einem Umsatz von 50—60 Mill. DM. Die Bilanzsumme wird 20 Mill. DM erreichen. Es sind wieder Reserven von einigen Millionen DM vorhanden wie bei der Einweisung neuer Geschäftsführer in Westfalen von Verwaltungsräte erklärt wurde, soll in Kürze die Umwandlung der Firma in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien mit einem Kapital von 1,5 Mill. DM vorgenommen werden.

Die Deutsche Bedaux-G.m.b.H., Gesellschaft für Rationalisierung der Arbeit, ist jetzt mit 525 in Hannover gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist das Studium aller Methoden, Techniken und Verfahren, die der Messung der Arbeit und der Energie und ihre Anwendung im Handel, in der Industrie und in der Landwirtschaft dienen. Das Stammkapital beträgt 100.000 DM. Geschäftsführer sind Wirtschaftsprüfer Dipl.-Ing. Heinz Brinckler, Hannover und Dr. Franz Albrecht Medicus Kolheim.

In der HV der Basalt A.G. Linz a. Rh. der die Abbaueisen für 1947 und 1948 vorliegen, wurde mitgeteilt, daß Produktion und Absatz des Unternehmens z. Zt. befriedigend seien. Auch der Export habe sich belebt. Über die Umstellung des 20 Mill. RM betragenden AK könne im Augenblick noch nichts gesagt werden. Ein Aktienkauf mache den Vorbehalt, einen energiereichen Kapitalmarkt zu machen, um damit die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung nach 20jähriger Pause zu

ermöglichen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde K. J. Werhahn Neud. Das Hauptgeschäftsjahr von 1.1.—30.6.48 schließt mit einem Gewinn von 0,24 D. V. 0,09 Mill. RM ab, um sich der Verlustvortrag auf 4,32 Mill. RM ermäßigt.

Mit einem Stammkapital von 100.000 DM wurde in Ekkers die Krka e. z. z. Bohrgesellschaft mit 11 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Ausführung von Tiefbohrungen jeder Art und sonstiger Arbeiten für den Bergbau, die Herstellung von Brunnen zur Wasserversorgung und Entwässerung sowie die Lieferung sämtlicher für Bohrwerke und den Wasserwerkstoff erforderlichen Einrichtungen. — Geschäftsführer ist der Bohrsachverständige K. Fessler, Ekkers.

Im Werk Dormagen, das zur Gruppe Niederrhein der Fabrikation Bayer Levetexes gehört, ist eine beträchtliche Kapazität für Perlion-Fasern vorhanden, was sich in Kürze auf dem Markt bemerkbar machen wird. Diese Erklärung gab der Leiter des Verkaufs östlicher Fasern der Farbwerke Bayer, Direktor van Beek, bei der Einweihung der neu erstellten Büroräume im Bankhaus Trinkhaus-Düsseldorf bekannt. Weiter wies er darauf hin, daß die beträchtlichen Kriegsschäden des Werkes Dormagen beseitigt und die gesamte Produktionsanlage überholt worden sind. Ganze Abteilungen bekamen moderne Maschinen. Auf dem Gebiet des Rayons wurde die moderne Produktionstechnik, nämlich der Continus-Verfahren, aufgenommen. Die so hergestellte Kupferseide bietet z. B. eine Spezial-Stumpfspeise für den Cupressastampf, wie sie qualitativ noch nicht erreicht werden ist. Auch die Färbungsindustrie wurde große Vorteile davon haben und bald werde die Continus-Cupressa-Seide auch für die Bekleidungsindustrie bedeutsam sein. Die Cupressa-Seide wurde früher mit der Kupferseide von I. R. Bismberg unter Markte Bismberg verkauft. Namentlich Dormagen sei die Kupferseide Cupressa-Beide betrug die Produktion an Cupressa-Beide ungefähr 10 v. H. der Nylon-Produktion im Bundesgebiet. Weiter stellt Dormagen die Cupressa-Faser als die bisher einzige Spinnfaser der Welt nach dem Kupferoxyd-Ammoniak-Verfahren her. Die Produktion der Cupressa-Faser überstieg 1949 12 v. H. der Gesamtproduktion in Westdeutschland. Neben der Gesamtproduktion von Cupressa und Cupressa werden in Dormagen auf Zellulosebasis erzeugt Crinon-Polsterhaar und Dextrin-Borsten. Vollsynthetische Produkte aus Dormagen sind die Dextrin-Borsten, ein Perlionzeugnis, Drain-Angebinde und Tensidmasse, FeCo-U-Borsten und insbesondere die Perlion-Faser. Die Gesamtkapazität an chemischen Fasern beträgt heute jährlich etwa 21 Mill. kg.

Die seit der Gründung des Werkes Dormagen bestehende Verbindung mit Westdeutschland, Neben der Gesamtproduktion von Cupressa und Cupressa werden in Dormagen auf Zellulosebasis erzeugt Crinon-Polsterhaar und Dextrin-Borsten. Vollsynthetische Produkte aus Dormagen sind die Dextrin-Borsten, ein Perlionzeugnis, Drain-Angebinde und Tensidmasse, FeCo-U-Borsten und insbesondere die Perlion-Faser. Die Gesamtkapazität an chemischen Fasern beträgt heute jährlich etwa 21 Mill. kg.

Die Kräfte eines einzelnen Werkes reichen kaum aus, um in der Produktion, der Modernisierung, Forschung und Entwicklung alle Aufgaben selbstständig zu lösen. Organisch erwachsene Verbindungen sollten deshalb nicht zerlegt werden. Trotz der Kapitalintensität der Produktion werden im Werk Dormagen, das auch Acetylcellulose und Schwedzellulose erzeugt, ungefähr 4000 Menschen beschäftigt, 4.3. rund 10 v. H. aller im Bundesgebiet in der Herstellung chemischer Fasern Beschäftigten.

gegen im Inneren Ausbau die Beibehaltung erfahrungsgemäß erst im Juli und August einsetzt.

Die industrielle Produktion Württemberg-Badens ist auch im Mai weiter von 100 auf 113,3% des Standes von 1936 gestiegen, steht das Statistische Landesamt Württemberg-Baden in seinem Industriebericht für April und Mai fest. Die Produktion liegt um 20% höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum höchsten Stand im November 1948 hat die Produktion um 7,3% zugenommen. Der Index der Investitionsgüter veränderte sich nicht, nachdem er im Vormonat um 10% gestiegen wurde. Die Selbstherstellung und die Gummiverarbeitung wurden wesentlich erweitert, die Farbproduktion hat zugenommen, während die Sodafabrikation etwas zurückgegangen ist. Die Produktion der Verbrauchsgüter erreichte wieder den Stand von März mit 105,3 (Zunahme bei Schuhe, Textil, Bekleidung, Rückgang bei Lederzeugung). Durch das auffallende Steigen der Nahrungs- und Genussmittelzeugung wurde mit 94,5% wieder der durchschnittliche Stand des 2. Halbjahres von 1948 erreicht. Mit 83% stieg die Herstellung der Brauerien auf den bisherigen Nachkriegshöhepunkt, ebenso wie diejenige der Gruppe Tabak (85% von 1936).

Die Daimler-Benz A.G. hat im Monat Juni mit insgesamt 3741 (3718) Personenkraftwagen ihre Produktion weiter gesteigert. Es entfielen davon auf die einzelnen Typen: Mercedes-Benz, Typ 170 S 1500 (1470), Mercedes-Benz, Typ 170 D 835 (885), Mercedes-Benz, Typ 170 D 440 (263), also 3741 (3718) Personenkraftwagen. Bei den Nutzfahrzeugen betrug die Produktion: 370 (405) Lastkraftwagen vom Typ L 3500, 124 (147) Omnibusse vom Typ O 3500, 103 (140) Lastkraftwagen vom Typ L 5000, 23 (23) Omnibusse vom Typ O 5000.

Der Export von Bleistiften und Musikinstrumenten aus Bayern hat bereits in den ersten 3 Monaten 1950 den Gesamtexport dieser Branchen von 1949 fast erreicht, teil das bayerische Wirtschaftsministerium mit. Bleistifte gehen hauptsächlich nach Belgien, Holland, Italien und Frankreich. Der Bleistiftexport stieg von 8,22 Mill. Dollar im April 1950 auf 9,23 Mill. Dollar im Mai 1950. Das Ausfuhrvolumen der bayerischen Musikinstrumentenindustrie lag mit 8,23 Mill. Dollar für Januar bis Mai 1950 nur noch um 8,61 Mill. Dollar unter dem Export für das ganze Jahr 1949. Es wurden vor allem Violinen, Cellas, Blasinstrumente, hauptsächlich nach USA und Kanada geliefert.

Die Bootwerft Abeking und Rasmussen in Bremen-Lesewerder kurste zum erstenmal nach dem Kriege eine 16-Tonnen-Segeljacht nach den USA exportieren. Das Schiff, das am 27. Juni den Bremer Oberhafen verließ, ist für Mr. Alden, den Präsidenten der Bethlehem Steel Co. in Boston bestimmt. Es verfügt bei 18,5 m Länge über 100 qm Segelfläche und einen Hilfsmotor von 25 PS. Bisher sind kleinere Segelboote lediglich nach Griechenland, Portugal und England exportiert worden.

Das größte nach dem Kriege auf einer Bremer Werft gebaute Frachtschiff, das gleichzeitig das größte Schiff der deutschen Handelsflotte sein wird, der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“ übergeben wurden. Das Schiff, das mit einer maschinellen Maschinenanlage von 4500 PS ausgerüstet ist, hat bei einer Wasserverdrängung von 6200 BRT eine Tragfähigkeit von rund 9000 Tonnen.

Der größte deutsche Hochseeschlepper „Wotan“ passierte am Montag nachmittag mit einem Ponton im Schleppe auf seiner ersten Einsatzfahrt Cuxhaven zur Fahrt nach Hamburg. Das 745 BRT große Schiff wurde während des Krieges unter dem Namen „Arngast“ in Dienst gestellt und nach der Kapitulation an England abgeliefert, wo es unter dem Namen „Monsieur“ fuhr. Von der Deutschen Bauxit-Industrie und Bergungsgesellschaft angekauft wurde der „Wotan“ auf einer Bremerhavener Werft instand gesetzt und jetzt nach stetigen Probefahrten wieder in Dienst gestellt. Neben dem Cuxhaven stationierten 608 BRT großen Hochseeschlepper „Seefalke“ hat die Buxtehuder bei beiden größten deutschen Bergungsschiffen in Dienst. Der „Wotan“ soll ebenfalls in den nächsten Tagen die Bergungstation Cuxhaven besteuern.

Bei Bergward Bremen wurden im Monat Juni 1950 1236 (Vormonat 1187) Fahrzeuge der bekannten Typen PKW „Hansa 1500“, 1/4-Schnellwagen B 1200 und 1/4-Diesel-Lastwagen gebaut. Dieses Ergebnis bedeutet im Vergleich zum Vormonat eine wesentliche Produktionssteigerung.

Die Produktion der Auto-Union GmbH, Ingolstadt, im Monat Juni betrug 2400 DKW-Motorräder RT 120 und 821 DKW-Schnellaster N 1.

Die Lage am Rund- und Schnittholzmarkt hat sich weiter stabilisiert, wie der badische Waldbesitzerverband Freiburg mitteilt. Bei verhältnismäßig ruhigen Geschäftslagen werden die noch vorhandenen Bestände auf dem im großen und ganzen bedeutenden Einschlag abgewickelt. Für Fichten-Tannentannenholz Güteklasse B wurden im Mai nach dem Preisbericht der Landesforstverwaltung bei hohem Umsatz 90—120, im Mittel 100 Prozent der Maßzahlen erreicht. Am Laubbolzmarkt herrscht immer noch sehr starke Nachfrage nach Buchenstammholz. Noch vorhandene Reste sind meist zu 100—110 Proz. gut absetzbar. Am Kiechen- und Eichenstammholzmarkt besteht nach wie vor für bessere Qualitäten der Kieche und im gewissen Umfang für die schwächeren Stammklassen der Eiche Interesse. Am Erbsen- und Faserholzmarkt ist besonders Faserholz sehr gefragt, da der inländische Holzmarkt dem gutgegerierten Bedarf bei weitem nicht entspricht und ausländisches Faserholz erheblich teurer ist. Auch geringere, aus Brennholz assortierte Qualitäten sind als Faserholz absetzbar.

Der Auslandsabsatz der erbsen- und faserholzindustrie erreichte nach Mitteilungen des Statistischen Landesamtes im Mai mit nahezu 9 Mill. DM den bisher höchsten Stand des Jahres und lag um 20 Proz. über dem des Vormonats. An der Spitze der Exporte stand der Maschinenbau mit 2,4 Mill. DM.

Trotz Zoll- und Einfuhrabgaben wurden heute bereits bessere und billigere Erzeugnisse deutscher Herkunft in das Saarland geliefert, als sie die einheimische Industrie herstellen könnte, stellt die saarländische Handwerkskammer fest. „Der Saarlandwerker“ fest, die mit der Vorbereitung für die Leistungszahl des Saarlandwerkes in Saarbrücken (8 bis 24. September) betrauten Stellen hoffen, daß Einzelbeschwerden für westdeutsche Besucher, wie sie sich bei der Frühjahrsmesse zeigten, diesmal nicht auftreten werden. Feste Zusagen sind bereits aus Deutschland und Frankreich gegeben. Anfragen aus weiteren Ländern liegen vor.



MERCEDES-BENZ

Automobil-Gesellschaft
Karlsruhe Schoemperlen & Gast Offenburg

MENZINGER-FENDEL
Karlsruhe
Schiffahrt - Kohle - Bimsbaustoffe

Büro: Werftstraße 9 - Telefon 1427-1430
Boustoerwerk: Hochbahnstraße 12 - Telefon 5884

Winschermann G.m.b.H.
KARLSRUHE
Stefanienstraße 94
Fernsprecher Nr. 815, 816, 817

Kohlengroßhandel - Umschlag - Schiffahrt

AUGUST PEPPLER
Kreidmühlen und Kintfabrik
Karlsruhe-Rheinhafen
Werftstraße 18, Telefon 4795

Gegründet 1855

Schenk & Schnitzler
Hobel-, Säge- und Parkettwerke
In- und ausländische Hölzer
Karlsruhe-Rheinhafen
Hansastr. 3 - Telefon 7072

Liefern ab Lager und fertigen auf Bestellung

Fußbodenbohrer	Parkette
Füllleiten	Nadelholzbohlen
Wagenwand- und Rolladenstühle	Saublech
Tafelbohrer	Laubholzbohlen aller Art
Säulbohrer	Isoparkettbohlen
Säulbohrer	Profilleiten

aus deutschem und nordlichem Holz

Spezialplanen - Tischlerplanen - Faserplanen
Dämmplanen - Fertige Türen

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die **WIRTSCHAFTSREVUE**

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
KARLSRUHE IN BADEN
Veitstraße 25

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres _____ Exemplare der **WIRTSCHAFTSREVUE**

durch die Post / unter Streifenband zum monatlichen Abonnementpreis von DM 1.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____
Beruf/Branche _____
Ort und Straße _____
Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

Amerikanische Zone

Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages befragte am 28. Juni in der Debatte über die bayerische Energieversorgung den Bau des Dampfkraftwerkes Aschaffenburg für das Projekt sollen im Haushalt 1950/51 zunächst vorgriffweise 18 Mill. DM zur Verfügung gestellt werden. Das Werk soll im Hafengebiet errichtet werden, um die Versorgung mit Kohle möglichst zu vereinfachen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Württemberg-Baden hat sich wieder in sündtölicher Form an die zuständigen staatlichen Stellen mit dem Ersuchen gewandt, die Verordnungen Nr. 1036 der Staatsregierung Württemberg-Baden über Erziehungsbeteiligungen für Lehrlinge abzuschaffen. Bei dem heutigen Mangel an Lehrstellen und dem starken zur Scheiternlassung kommenden Jahrgängen sei eine breite Grenzschicht kleinerer Industrie- und Handelsunternehmen, die ihre Kosten so stark zu kalkulieren hätten, daß für die Einstellung eines Lehrlings bei zu hohen Erziehungsbeteiligungen keine Möglichkeit verbliebe. Da zur Zeit jedoch nur mögliche Lehrstellen geschaffen werden muß, wird die Verordnung 1036 als wirtschaftsfremd empfunden, heißt es in der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern weiter. Die Schlichte habe sich weiter dadurch verschärft, daß Ausnahmewilligungen nach § 5 der Verordnung nur für das Handwerk und nicht auch für Industrie und Handel angewendet werden können.

Die monatliche Zuwachsrate der Sparkassen beider deutschen Reichsteile betrug im Monat Mai 7,1 Mill. DM. Damit haben die Sparkassen nach dem Überlegen des Statistischen Landesamtes die 200-Millionen-Grenze überschritten. Sie haben sich in den letzten 12 Monaten von 200,4 Mill. DM auf 207,2 Mill. DM erhöht, d. h. um mehr als 100 Mill. DM oder 50%. Von diesem Jahreszuwachs entfielen 84% auf den Überschub der Einzahlungen über die Auszahlungen und die restlichen 16% auf Zugänge aus der Umstellungsrechnung (10,8 Mill.) und Zinsgutschriften (6,3 Mill.). Die erstmalig am 30. Juni 1949 mit 6,3 Mill. DM ausgewiesenen steuerbegünstigten Sparanlagen haben sich bis zum 31. Mai 1950 mehr als verdreifacht (11,3 Mill. DM). Ihr Anteil an der Gesamtvermögensumme ist von 0,44% im Juni 1949 auf 3,7% im Mai 1950 gestiegen.

Der Beschäftigungszuwachs in den Bauberufen während der ersten 3 Monate der Bauzeit 1950 ist in Württemberg-Baden fast viermal so stark wie im Vorjahre, nachdem rund 10.800 Personen in den Arbeitsprozess dieser Branche aufgenommen wurden. Gegenwärtig werden in der Bauindustrie in Württemberg-Baden etwa 60.000 Personen beschäftigt. Wie das Institut für Wirtschaftsforschung weiter festgestellt wurde mit einer weiteren Beschäftigung des Beschäftigtenstandes dann zu rechnen sein, wenn die Frühjahrseinstellung in der Bauwirtschaft, die beispielsweise in den Stadtkreisen Stuttgart, Mannheim und Ellingen bereits einen Mangel an Bauarbeitern hervorgebracht hat, sich auch auf die Landkreise ausdehnt, wo bisher die Bauämter noch nicht in wünschenswertem Umfang eingesetzt hat. Schließlich sei noch zu berücksichtigen, daß es sich bei dem erwähnten Beschäftigungszuwachs am Bauwerk bisher in der Hauptsache um Außenarbeiten handelt, da-

Ostzone

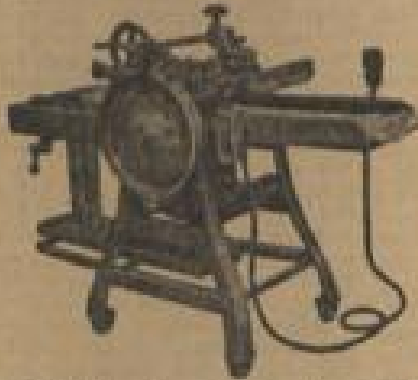
Am Vortage des Ablasses des Frankfurter Interzonenhandelskommissars erklärt die „Berliner Zeitung“ (Ost) in ihrer Betrachtung über die Entwicklung des Interzonenhandels, in Oesterlin händen alle Tore zu Verhandlungen für die Durchführung des Frankfurter Abkommens und den Abschluß eines günstigeren Abkommens offen. Es liege an den einschichtigen Kreisen in Westdeutschland, ob sie diese Chance ergreifen wollten, um gegen den Willen des Petersberges ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Wirtschaftsorgane der Ostzone müßten künftig ihren in Handelsverträgen festgelegten Verpflichtungen pünktlicher nachkommen, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident, Walter Ulbricht, bei seinem Bericht, den er auf der 41sten der ostzonen Volkskammer am 28. Juni in Oesterlin über die Handelsvertragsverhandlungen mit Warschau, Prag und Ungarn erstattete.

Zum Nachfolger des kürzlich entlassenen Direktors des Leipziger Messeamtes Paul Voh wurde der 28 Jahre alte ehemalige Student David Rummelsberg ernannt. Wie gleichzeitige bekannt wird, hat der ebenfalls 28-jährige Direktor des Messeamtes normale der SED angehört, sondern war seit 1945 Mitglied der CDU. Bei seiner Entlassung mußte er innerhalb 10 Minuten sein Büro verlassen. Mit ihm zusammen wurden drei Hauptreferenten, die ebenfalls nicht der SED angehörten, entlassen.

WEISERT, LOSER & SOHN

Karlsruhe-Rheinhafen



Die Fachfirma für:
Nudelwell- und
Schneidmaschinen
Teigwarenautomaten
Trockenanlagen
Knetmaschinen
in allen Arten
Rühr- und
Schlagmaschinen
Teigtellmaschinen
Speiseismaschinen
Elektromotoren

Ständige Ausstellung in sämtlichen Bäckereimaschinen

Südwestdeutsche Sauerstoffwerke

Fernrohr 1723 KARLSRUHE-RHEINHAFEN Südböckstraße 20

Wir liefern

Sauerstoff Profluß Wasserstoff Stickstoff Acetylen

für Industrie und Handwerk



Carl August Nieten & Co.

Kohlenhandels-gesellschaft
Karlsruhe am Rhein

Umschlag, Großhandel und Einzelhandel
Kohlen, Koks, Briquets, Holz und Löss

Hauptbüro: Rheinhafen, Nordböckstraße 4, Stadthaus, Kaiserstraße 88
Telefon: 5164, 5165 und 5506

M. Stromeyer

Lagerhausgesellschaft

Karlsruhe-Rheinhafen, Werftstr. 14-16 · Fernsprecher 906, 907, 9070

Kohlengroßhandel

Heizöle

Düngemittel

Pflanzenschutz- und

Schädlingsbekämpfungsmittel

Torfstreu · Torfmull · Moorerde

25 000 qm Lagerfläche

Umschlagsanlage mit über 1000 t tägliche Kapazität

Brech- und Siebwerke für Kohlen und Koks



Stadtlager
Karlstraße 108 - 112

Böhlslager
Wolffswegweiser Str.

Lagerplatz
Karlsruhe-Rheinhafen

Nordböckstraße

(Schiffsanlegestelle)

Karlsru. 108-112, Tel. 7576/77/78
Baumaterialien-großhandel
Plattenauführungen · Glasfabrikates · Oberböck

FRANZHANIEL & CIE.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Umschlagsbetrieb

KARLSRUHE-HAFEN, Südböckstraße 19a
Telefon Nr. 6375



RAAB KARCHER

Get. m. b. H.

KARLSRUHE
ESSEN · DUISBURG

SCHIFFFAHRT
KOHLEN UMSCHLAG MINERALÖL

Holland auf dem Wege zur Industrialisierung

Der Verlust seiner Stellung als eine der großen Kolonialmächte der Welt durch die Indonesien gewährte Unabhängigkeit hat Holland noch rascher auf den Weg der Industrialisierung geführt, als das ohnehin im Zuge der allgemeinen technischen Entwicklung der Fall gewesen wäre. Das Industrialisierungsprogramm der holländischen Regierung nicht für die nächsten vier Jahre Investitionen in der Höhe von 1,7 Milliarden Gulden vor. In einem Überblick, den der Direktor des Zentralinstitutes für die industrielle Entwicklung in Holland, Dr. P. Schönemaker, kürzlich vor Industriellen in Amsterdam gab, erklärte er, daß durch die geplante Erweiterung der holländischen Stahlindustrie in den nächsten Jahren Arbeitsplätze für rd. 75 000 Arbeiter geschaffen werden sollen und daß man die Kräftebedarf in der metallverarbeitenden Industrie auf etwa 14 000 technisch Angestellte mit Hochschulbildung veranschlagt hat. Der in den letzten Jahren hervorgetretene Mangel an Fachkräften habe allerdings nicht gehindert, daß die Kriegschäden in der metallverarbeitenden Industrie inzwischen fast vollständig beseitigt worden sind. Die Gesamtproduktion dieser Industrie im Jahre 1936 betrug 2,5 Mrd. Gulden, der Exportanteil an dieser Produktion habe etwa 430 Mill. Gulden betragen. In der elektrotechnischen Industrie sei der Aufschwung im vergangenen Jahr sogar auf 40% der Gesamtproduktion dieses Industriezweiges gelangt und habe damit 12% der Gesamtproduktion Hollands erreicht. Trotz dieses hohen Standes der holländischen elektrotechnischen Erzeugung und der Aufschwungserfolge, so sagt Dr. Schönemaker, werde immer noch viel zu viel elektrotechnisches Material aus dem Ausland eingeführt.

Der Produktionswert der holländischen chemischen Industrie belief sich im Jahre 1936 auf rd. 3 Mrd. Gulden, wovon fast ein Drittel exportiert wurden. In der gesamten chemischen Industrie für die chemische Industrie in Holland nicht allen günstig. Holland besitzt nur wenig Rohstoffe wie B. Salz, Kohle und Erdöl und deren Deckung immerhin erhebliche die günstige geographische Lage Hollands außerordent-

lich die Einfuhr von Rohstoffen, die im Lande selbst nicht vorkommen. Die holländische chemische Industrie, so sagt Dr. Schönemaker, stehe entgegen noch in den Kinderschuhen.

Auf die Entwicklung in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie eingehend, erklärte Dr. Schönemaker, daß die vollständige Modernisierung und Erneuerung der technischen Anlagen und Einrichtungen mindestens noch zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen werde. Die Lebensmittelindustrie sei in der Lage, nicht nur den gesamten einheimischen Bedarf zu decken, sondern darüber hinaus eine recht ansehnliche Menge zu exportieren. Die Nahrungs- und Genussmittelfuhr mache etwa ein Viertel des gesamten holländischen Ausfuhr aus.

Bei Textilien sei die Einfuhr größer als die Ausfuhr, dennoch könne Holland mit seinen Textilerezeugnissen auf den Weltmärkten erfolgreich konkurrieren. In der Textilindustrie bestünde z. Zt. ein gewisser Mangel an guten Fachkräften. Dr. Schönemaker wies auf die Wichtigkeit der Forschungstätigkeit und des Erfindertums hin. Die Produktion von Wolllagern müsse erhöht werden, bei Baumwollspinnerei erziehe sie durchaus möglich. Hollands Marktstellung, die in den letzten 40 Jahren erheblich gelitten habe, zurückzugewinnen. Im Jahre 1936 seien nur noch 12% der holländischen Baumwollspinnerei im Ausland gegangen gegenüber 34% im Jahre 1910.

Holland zur internationalen Zusammenarbeit bereit

Holland wird jederzeit bereit sein, an der Durchführung von Plänen mitzuwirken, die eine internationale Zusammenarbeit im Interesse der gesamten europäischen Wirtschaft zum Ziel haben, erklärte der niederländische Vize-Minister Dr. Spuijen am Donnerstag in einer in deutscher Sprache gehaltenen Rede auf dem internationalen Hofabend, der zum ersten Male nach dem Krieg in Rotterdam stattfand. An dem Treffen war die Deutsche Bundesrepublik mit über 100 Teilnehmern aus Schiffahrt, Handel und Industrie unter den ausländischen Gästen

Industriefinanzierung in England

Die letzten britischen Parlamentarier haben die Verstaatlichungsgesetze der Labour-Regierung in ein neues Licht gerückt. Heute steht nicht mehr die Technik der Verstaatlichung im Mittelpunkt des Interesses der britischen Öffentlichkeit, sondern die Frage, ob überhaupt noch weiter verstaatlicht werden soll oder nicht. Dieser Unsicherheitsfaktor über das Schicksal ganzer Industriezweige macht sich insbesondere auf dem Gebiet des Kreditwesens heftig bemerkbar. Privatbanken und dazu zählen ja auch Privatbanken werden mit der Gewährung von Krediten bei solchen industriewichtigen Vorhaben zögerlich sein, über dessen Schicksal noch nicht eindeutig entschieden werden ist. Das gilt vor allem für die britische Eisen- und Stahlindustrie, obwohl gerade als Mittel zur Förderung und Verbesserung ihrer Produktionsanlagen dringend benötigt. Um dieser Stagnation im Kreditwesen wenigstens entgegenzuwirken, hat sich die britische Regierung bereit erklärt, der „Finance Corporation for Industry“ weitgehend entgegenzukommen. Aufgabe dieses Finanzinstitutes für die britische Industrie ist es, insbesondere solche Industriezweige finanziell zu unterstützen, die durch ausländische Konkurrenz bedrängt werden. Die Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, die der Eisen- und Stahlindustrie seitens der Finance Corporation zur Verfügung gestellten Kredite bei einer evtl. Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten zurückzahlen. Damit war dem Finanzierungsinstitut der Weg zur Kreditgabe gesichert.

Die Finance Corporation ist im Jahre 1948 auf Anregung der Bank von England von englischen und schottischen Banken gegründet worden, zu dem ausgesprochenen Zweck, außer der Eisen- und Stahlindustrie auch der Kohle- und der Transportindustrie, die inzwischen beide verstaatlicht worden sind, finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Dem jüngsten Jahresbericht dieses halböffentlichen Finanzinstitutes ist zu entnehmen, daß von März 1947 bis März 1950 insgesamt 67 Mill. Pfund Sterling Kredite an die Industrie gegeben bzw. bereitgestellt wurden sind. Davon waren nicht weniger als 33 Mill. Pfund Sterling für die Eisen- und Stahlindustrie bestimmt. Insgesamt waren bis zum 31. März 1950 33 Mill. Pfund Sterling fest vergeben, 34 Mill. Pfund Sterling bereitgestellt. An die Eisen- und Stahlindustrie waren davon 21 Mill. gegangen und 23 Mill. angewiesen.

Im Vergleich zu diesem Bilanzsumme nehmen sich die Gewinne der Corporation mit 38 000 Pfund Sterling im Jahre 1949-50 und 63 000 Pfund im Jahre 1950 recht bescheiden aus. Das Finanzierungsinstitut sieht zunächst seine Aufgabe auch nicht darin, große Überschüsse zu erzielen, sondern der Industrie möglichst billiges Geld zur Verfügung zu stellen. Die Corporation hat bisher noch keine Dividenden verteilt und sie beschließt, so heißt es in dem Bericht, auch in Zukunft nicht auf Dividendengewinn auszugehen. Die Grundkonzeption ihrer Tätigkeit liegt in der Hilfe für Unternehmen, die von anderer Seite keine Kredite erhalten können. Es ist also eine Kreditgewährung auf lange Sicht. Die Finance Cor-

poration nimmt selbst Kredite bei Banken auf und gibt diese mit einem minimalen Zinsaufschlag an ihre Klienten weiter.

Einer der Hauptbedürfnisse der Corporation ist zur Zeit die Steel Company of Wales, die z. Zt. neue Walzstraßen für Stahl und Weißblech in Südwales errichtet. Bereits im nächsten Jahr hofft man damit, den z. Zt. empfindlichen Mangel an Stahl- und Weißblech, — die einzigen Walzwerkserzeugnisse übrigens, die in Großbritannien noch immer rotuliert sind — beheben zu können.

Solche Projekte verdienen erfahrungsgemäß Unsummen. Von März 1949 bis zum März 1950 ist die Gesamtsumme der Ausleihungen von 11 Mill. Pfund Sterling sprunghaft auf 33 Mill. Pfund gestiegen, eine Folge der Tatsache, daß nicht nur das Walzwerk Stahlwerk, sondern auch andere Kreditnehmer doch weit mehr Kapital benötigen als zunächst für sie veranschlagt worden war.

Wie sind nun die Zukunftsaussichten dieses großen Finanzierungsinstitutes der britischen Industrie zu beurteilen? Wird es die mit der Vergrößerung der unterirdischen stehende eigene finanzielle Belastung durchhalten können? Darauf ist, solange die Frage der Verstaatlichung oder Nichtverstaatlichung der betr. Industriezweige nicht geklärt ist, schwer, eine eindeutige Antwort finden. Wird die Verstaatlichung Tatsache, dann wird sich die Finance Corp. ebenso wie dem Bereich der Eisen- und Stahlindustrie zurückziehen, wie sie es schon bei der Kohle- und der Transportindustrie nach durchgeführter Verstaatlichung getan hat. Wird aber der Gedanke der Verstaatlichung lediglich fadenscheinig, dann wird auch allmählich wieder der Weg für die Privatfinanzierung in der Eisen- und Stahlindustrie freier werden und sich privates Kapital für die Werke finden lassen. Alsdann würde der Finance Corporation die Hauptlast der Verantwortung abgenommen.

Britische Elektrofirmen im Nahen Osten

Vertreter der fünf größten britischen Herstellerfirmen für Elektromaterial haben kürzlich in Zypern lokale Besprechungen geführt, über Mittel und Wege, den Export von Elektromaterial aus Großbritannien in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu forcieren. Die Besprechungen bezogen sich u. a. darauf, den Regierungswesen der Mittelostländer technische Beratung und Unterstützung zu leisten und die britische Herstellerindustrie über die Marktbedingungen in diesen Ländern laufend zu unterrichten. Von den größten Elektrofirmen werden zugleich die Interessen von rund 350 weiteren britischen Herstellerfirmen kleineren Umfangs wahrgenommen.

Schiffsverkehr USA - Deutschland nimmt zu

Die Zahl der amerikanischen Reedereien, die den Verkehr zwischen amerikanischem und deutschem Hafen durchführen, ist ständig im Steigen begriffen. Wie aus dem im „Journal of Commerce“ veröffentlichten Schiffsfahrplan hervorgeht, hat sich die Zahl der Schiffe, die New York mit dem Ziel Deutschland verlassen, in den beiden letzten Jahren verdoppelt. Während in der letzten Aprilwoche dieses Jahres auf der Abfahrtsliste des New Yorker Hafens 24 Schiffe für Bremen, 6 für Bremerhaven, 1 für Bracke und 24 für Hamburg eingetragen waren, standen noch vor 2 Jahren für die gleiche Zeit nur 18 Schiffe mit dem Ziel Bremen und 17 mit dem Ziel Hamburg auf der Liste. Die Zahl der Schiffsahrtsgesellschaften, die die deutsche Route betreten, wird vom „Journal of Commerce“ für die letzte Aprilwoche dieses Jahres mit 27 angegeben.

Spanisch-Italienischer Quecksilberkrieg?

Der Zusammenbruch des spanisch-italienischen Quecksilber-Kartells „Mercurio Europeo“ wird von spanischer Seite wie folgt kommentiert: Der Anlaß für das spanisch-italienische Zerwürfnis ist nach spanischer Meinung in dem Verkauf von 80 000 Flaschen Quecksilber an die USA zu sehen, wobei es der italienischen Kartellpartner verdrummt, entsprechend der im Abkommen zwischen beiden Interessengruppen festgelegten Bestimmung, Spanien vorher von diesem beabsichtigten Verkauf zu unterrichten. Spanien wäre bereit, nach dem Kartellabkommen eine beträchtliche Kompensationszahlung zu verlangen, die mit etwa 45 Mill. Dollar beziffert wird. Spanien hat aber wenig Hoffnungen, je in den Besitz der Konventionstrafe zu kommen, deren Höhe wie gesagt im Kartellabkommen für solchen Fall festgesetzt worden ist. Von spanischer Seite haben nämlich diese Vorteile die italienischen Geschäftsmethoden ein sehr scharfe Kritik erfahren. Entgegen unläufigen Gerüchten, wozu bereits Verhandlungen wegen einer Wiederverrichtung des Kartells im Gange seien, wird von den staatseigenen spanischen Gruben Minas de Almaden die feste Absicht erklärt, vorläufig keine solchen Vereinbarungen mit den italienischen Erzeugern zu treffen. Für eine solche Einsetzung werden eine Anzahl von Gründen angeführt. So wird erwähnt, daß das spanische Quecksilber von außerordentlicher Reinheit ist, Ferner sind die Gewinnungskosten beträchtlich niedriger als in Italien, da die spanische Erze etwa 8% Hg enthalten, während die italienischen Erze nur etwa 4% Hg führen. Man weist ferner darauf hin, daß die spanischen Gruben in Staatsbesitz sind, und deshalb einem wirtschaftspolitisch weitaus besser und mit mehr Aussicht auf Erfolg führen könnten als die privaten italienischen Gruben.

Nachdem die spanische Gruben Quecksilberindustrie staatliche Subventionen zur Verfügung. Die spanischen Quecksilberpreise liegen gegenwärtig je nach Menge zwischen 32 Dollar für spanische Rufen oder frei spanische Grube und 47,125 Dollar für Partien von 10 000 Flaschen. Von italienischer Seite liegen zwar Offerten in großen Umfang zu 47 Dollar frei vor, doch glaubt man in Madrid nicht, daß die spanische Geschäft ungünstig beeinflussen. Aus Spanien wird über beträchtliche Nachfrage nach Quecksilber aus aller Welt berichtet, insbesondere für die Anlage einer strategischen Vorräte in den Vereinigten Staaten. Auch aus London und aus der Schweiz liegen Anfragen vor, und die Konvention ist gleichfalls bemüht, einen Quecksilbermarkt anzulegen. Die Spekulation hat sich ebenfalls beteiligt. Sie wurde offenbar in ihren Klauen von den Kriegsbefürchtungen, die gegenwärtig weite Kreise beherrschen, befruchtet.

Neuer Zolltarif veröffentlicht ...

Der volle Text des italienischen Zolltarifs wurde jetzt veröffentlicht. Der Band umfaßt 412 Seiten. Die Mailänder Wirtschaftszeitung „L'Espresso“ zeigt für die deutschen Behörden gegenüber dem neuen Zolltarif ein gewisses Verständnis, denn in der Tat erhebt der neue Tarif unglücklicherweise die Zölle gerade für die Artikel, die Deutschland nach Italien exportieren sollte.

... Inkraftsetzung zurückgezogen

Der Entschluß Italiens, den neuen Zolltarif am 1. Juli in Kraft zu setzen, ist im letzten Moment durch eine Entscheidung des hierfür zuständigen Parlamentarischen Ausschusses geändert worden und informierte Kreise glauben, daß mit der Inkraftsetzung jetzt nicht mehr vor dem 15. Juli gerechnet werden kann.

Verwendung blockierter Ausländerguthaben in Argentinien

Die Verwendung blockierter Ausländerguthaben in Argentinien für die Investierung in Bienenwerke ist durch ein kürzlich erschienenen Rundschreiben der argentinischen Zentralbank erleichtert worden. Das Rundschreiben bestimmt, daß die auf nicht transferierbaren Konten deponierten Forderungsbeträge künftig zum An- und Verkauf sowie zur Subskription von weiteren Bienenwerten, staatlichen und privaten Titeln und Aktien verwendet werden können, ohne, daß dafür, wie das bisher erforderlich war, die Genehmigung der argentinischen Zentralbank in jedem einzelnen Falle eingeholt werden muß. Es ist vielmehr lediglich erforderlich, daß die Banken, die im Auftrage der ausländischen Besitzer diese Operationen vornehmen, gleichzeitig bzw. nachher die Zentralbank von der vorgenommenen Transaktion verständigen. Auch zur Bezahlung von Kabel- und Postposten, Gebühren und Bankprovisionen, die im Zusammenhang mit diesen Operationen stehen, dürfen die betreffenden Gelder verwendet werden. Der bisher bestehende Zwang, vor solchen Operationen die Genehmigung der Zentralbank einzuholen, machte ihre Durchführung infolge des praktischen meistens damit verbundenen Zeitverlustes häufig schwierig oder unrentabel. Das Rundschreiben bestimmt jedoch im Hinblick auf den immer noch

Spanisch-Italienischer Quecksilberkrieg?

zunehmenden Kriegszustand bestehenden Argentinien einerseits und Deutschland und Japan andererseits, daß diese Operationen nicht auf Konten erfolgen können, deren Inhaber deutscher oder japanischer Nationalität sind.

Griechenland für gemeinsame Außenpolitik der Mittelmeerstaaten

Die griechische Regierung bezieht sich zur Zeit mit der Möglichkeit einer handelspolitischen Zusammenarbeit der Mittelmeerländer bei der Ausfuhr der gleichartigen Mittelmeererzeugnisse. Durch diese sollen Einheitspreise für die verschiedenen Qualitäten und Typen sowie eine Kontingentierung für jedes Land auf Grund seiner Produktion festgesetzt werden. Mit der Türkei wurden bereits entsprechende Verhandlungen wegen der gemeinsamen Fischereifahrt eingeleitet. Ferner sind Ausprechungen über eine gemeinsame Ausfuhrpolitik für Olivenöl vorgesehen. Wein und Trockenfrüchte sollen folgen. Das griechische Wirtschaftsministerium stellt eine Typisierung der verschiedenen in Frage kommenden Produkte auf, die ebenso wie die Art der Verpackung eine bedeutende Rolle spielt. Außerdem ist eine gemeinsame Reklame für gleichartige Produkte in Aussicht genommen.

Stabilisierung des italienischen Preisniveaus

Nach dem Großhandelspreisindex der Edison-Gruppe (Mailand) haben die italienischen Preise seit etwa Februar d. J. eine gewisse Stabilität erreicht. Die Indizes der Edison-Gruppe lauten auf der Basis von 1936 = 100 wie folgt:

1947	Monatsdurchschnitt	1944
1948		8678
1949		5724
1950 Januar		3116
Februar		5198
März		5078
April		5034
Mai		5141

Bei einer Unterscheidung zwischen Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren ergibt sich, daß die Rohstoffe sehr eine Aufwärtsentwicklung haben, während bei Fertigwaren eine klare Tendenz zur Preisrückgang erkennbar ist.

	Februar 1950	Mai 1950
Rohstoffe	2880	5078
Halbfabrikate	4787	4773
Fertigwaren	4947	4728

Generalindex

Generalindex	5136	5141
--------------	------	------

Schwedische Zellulosepreise in den USA

Die neuen Preise für schwedische Zelluloselieferungen nach den Vereinigten Staaten im 1. Quartal 1950 stellten sich folgendermaßen: gebleichtes Sulfit 128 Dollar höher 119, ungebleichtes Sulfit 107 Dollar (100), gebleichtes Sulfat 136 Dollar (135), ungebleichtes Sulfat 96,50 Dollar (95). Notierungen per short ton. Es bedarf besonderer Erwähnung, daß die üblichen schwedischen Exporteure die Preise selbst und unabhängig vereinbarten, so daß häufig erhebliche Unterschiede bestehen. Aus Fachkreisen ist zu erfahren, daß eine Reihe von Exporteuren höhere Preise zu erzielen versuchten. Es wird angenommen, daß im 4. Quartal die derzeitigen Preise sinken könnten, wahrscheinlich infolge der starken Knappheit an Zellulose, noch mit einem weiteren Steigen der Preise gerechnet werden.

Günstige Preisrelationen im Außenhandel

Seit der Abwertung hat sich Schwedens Außenhandelsposition in beträchtlichem Maße ausserordentlich verbessert. Über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Einfuhr- und Ausführungspreisen unterrichtet die folgende Übersicht:

	Größtminderungsindex (1939=100)	Importindex (1939=100)	Exportindex (1939=100)
Des. 1948	217	270	274
Aug. 149	214	268	270
Des. 1949	209	212	250
Jan. 1950	219	215	269
Februar	220	214	273
März	220	212	276
April	221	211	279
Mai 1950	221	212	284

Zwar haben sich nach der Abwertung unmittelbar sowohl die Import- als die Exportpreise zu erhöhen begonnen; seit der Jahreswende jedoch hat sich das Importniveau stabilisiert und bereits wieder etwas abschwächen, während die Exportpreise angesetzt haben, so daß sie gegenwärtig noch über dem Stande des besonders günstigen Ausführjahres 1948 liegen. Die Verbesserung der Exportpreise entfällt nahezu ganz auf Holz, Zellulose sowie einige Papierarten.

Metall-Streiflichter

Subventionengesetz für den amerikanischen Bergbau?

Nach einer Gesetzesvorlage, die der Senator McCarran im amerikanischen Senat eingebracht hat, soll der amerikanische Metallbergbau im Jahre 1951 45 Mill. Dollar an Subventionen erhalten und in jedem der drei folgenden Jahre 67,5 Mill. Dollar. Der Vorschlag sieht vor, daß ein Teil der Zolleinnahmen für die Subventionierung des amerikanischen Erdbergbaus Verwendung finden soll.

Ausbau der Stahlkapazität in den USA

Nach einem Bericht der amerikanischen Fachzeitschrift „The Iron Age“ wird die Stahlkapazität der USA im laufenden Jahr um etwa 3 Mill. t erweitert werden. Für 1951 ist ein weiterer Ausbau um 1,79 Mill. t geplant.

Steigende amerikanische Weißblecherzeugung

Nach einem Bericht des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts belaufen sich die Abfertigungen der amerikanischen Weißblechindustrie im März auf insgesamt 302.833 t, gegen nur 325.630 t im März des Vorjahres. Auf Weißblech, das im Zweifelhafsten hergestellt ist, entfielen im März 140.823 t, im Februar auf elektrolytisch erzeugtes Weißblech dagegen 202.609 t, gegen nur 183.832 t im April des Vorjahres. Die Produktion von Weißblech ist damit im März weiter auf rund 61% gestiegen. Im ersten Quartal 1950 beliefen sich die Gesamtabfertigungen der amerikanischen Weißblechwerke auf 1.039.845 t, gegen nur 931.630 t in den ersten drei Monaten 1949.

Schattenfabriken der ALCOA

Die weiterverarbeitenden Fabriken der Aluminum Co. of America sind zwar gegenwärtig mit der Einstellung ihrer Erzeugung für den Exportbedarf beschäftigt, doch wird aus London gemeldet, daß der neue Walzwerk der ALCOA in Davenport im Staate Iowa in seiner Anlage auch eine notwendig werdende Umstellung auf Kriegbedarf herbeiführt. Nach Angaben der ALCOA kann das Werk schnell auf rüstungswichtige Erzeugnisse umgestellt werden, und die gegenwärtige Kapazität von 7500 t monatlich kann innerhalb von drei bis sechs Monaten um zwei Drittel erhöht werden. Eine zweite Walzstraße für heiß gewalzte Bleche, die in der Anlage des Werkes vorgesehen ist, wird die Leistungsfähigkeit auf 12.000 t im Monat bringen.

ECA und die amerikanischen Quockelieferungen

Dem viermonatlichen Bericht des US Bureau of Mines ist zu entnehmen, daß die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr 94.613 t schwebende Quockelieferungen zu 34,5 t importiert haben. Das war eine Zunahme der Einfuhren um rund 120% gegen das Vorjahr. Die Hauptmenge dieser Einfuhr kam aus Italien und wurde aus dem Cottenwollfonds der ECA-Hilfe bezahlt. Der größte Teil dieser hohen Einfuhr war außerdem für die Auffüllung des strategischen Vorrats der amerikanischen Regierung bestimmt. Italien ist ein Mitglied der OEEC. Spanien dagegen nicht. Die amerikanischen Quockelieferungen

deren Preise auch gegenwärtig noch steigende Tendenz haben, so daß es als nicht unwahrscheinlich anzusehen ist, daß sich die Relation zwischen Einfuhr- und Ausführungspreisen in den nächsten Monaten noch mehr zu schwedischen Gunsten verändert.

Deutsch-schwedische Handelsvertragsverhandlungen vor dem Abschluss

Aus Stockholm wird berichtet, daß die zwischen der Bundesrepublik und Schweden bestehende Handelsabkommen am 26. Juni abgeschlossen ist. Da die in Frankfurt a. M. stattfindenden Handelsverhandlungen bisher zu keinem neuen Abkommen geführt hätten, sei vereinbart worden, den Handelsverkehr bis auf weiteres auf der alten Grundlage fortzusetzen. Das schwedische Handelsministerium habe die weitere Erzielung von Einheitspreisen im bisherigen Umfang zugesagt.

Erweiterung der schwedischen Freilisten im Gefolge der EPU

Die Durchführung der Europäischen Zahlungsunion (EPU) werde eine Ausweitung der Freilisten für den Handel Schwedens mit einer Reihe wichtiger Länder mit sich bringen, erklärte der schwedische Handelsminister Ericson am 26. Juni. Durch das ausgeweitete System der Freilisten werde Schweden sicherlich die Möglichkeit bekommen, seinen zu niedrigeren Preisen im Ausland zu kaufen als im geschlossenen Zeitpunkt. Eine solche Entwicklung werde zwar einen Teil der schwedischen Arbeitskraft freisetzen, die aber in andere Industriezweige überführt werden könnte, ohne daß dadurch eine Arbeitslosigkeit entstehen würde.

Bedeutung des Schuman-Plans für Schweden

Wenn der Schuman-Plan verwirklicht und Schweden ihm nicht angeschlossen werden würde, werde seine Bedeutung wahrscheinlich für das Land doch nur „mäßig“ sein, die Lage könne indessen noch nicht klar beurteilt werden, weil zu viele Faktoren unsicher seien, so daß die schwedische Wirtschaft es im allgemeinen vorziehe, abzuwarten, ohne sich auf weitgehende Spekulationen einzulassen, stellt die

Einfuhr aus Italien stiegen von 4.994 Flaschen im Jahre 1948 auf 9.940 Flaschen im Jahre 1949. Die Einfuhren aus Spanien haben sich dagegen von 77.114 Flaschen auf 23.277 Flaschen verringert. Diese Entwicklung hat in Spanien beträchtliche Verstärkung ausgesetzt und nicht zuletzt zum Zusammenbruch des spanisch-italienischen Quockelieferungsvertrags „Mercato Europeo“ beigetragen.

Entwicklung der Bauxitvorkommen auf Jamaica

In einer Regierungserklärung werden jetzt Einzelheiten zu der geplanten Aufnahme der Bauxitgewinnung auf Jamaica bekannt. Die Bauxitreserven in den Konzessionen der Reynolds Jamaica Mines Ltd., der Jamaica Bauxite Ltd. und der Kaiser Co. werden auf etwa 130 Mill. t geschätzt. Zum Teil handelt es sich jedoch um minderwertigen Bauxit. Die drei Gesellschaften haben bisher 1,2 Mill. t investiert und sind rechnerisch bis zur Aufzehrung der Förderung mit der Investition von weiteren 22 Mill. t. Mit der Aufnahme der Förderung ist Mitte 1952 zu rechnen, doch wird die beachtliche Gewinnung von 775.000 t im Jahr erst in einigen Jahren erreicht werden.

Kanadische Metalllieferungen im ECA-Plan

Die Canadian Metal Mining Association hat jetzt eine Zusammenstellung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß nahezu die gesamten Aluminiumlieferungen, etwa die Hälfte der Blei-, der Nickel- und Zinklieferungen und etwa ein Drittel der Kupferlieferungen zum Aufbau der europäischen Wirtschaft unter dem ECA-Plan von Kanada geliefert werden.

An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten, auf die rund ein Drittel der Metall-Lieferungen entfallen und der Rest wurde von den lateinamerikanischen Ländern geliefert.

Vier Fünftel der aus ECA-Mitteln finanzierten Metall-Lieferungen Kanadas gehen nach Großbritannien, wie der nachstehenden Zusammenstellung entnommen werden kann, die die prozentuale und wertmäßige Verteilung zeigt:

	in Prozenten in Mill. Dollar			
Großbritannien	82	244,8		
Frankreich	7	19,2		
Niederlande	7	20,0		
Deutschland	1	4,0		
Andere Länder	3	8,0		

Chile als Weißblecherzeuger

Wie aus London berichtet wird, erzeugt das Stahlwerk der Compania de Acero del Pacifico in Huachipato zur Zeit etwa 600 t Stahl täglich. Das Werk hat gleichzeitig die Weißblecherzeugung aufgenommen, und es verläuft, reich die Erzeugung ausgenutzt, diese aus, den Bedarf der chilenischen Wirtschaft zu decken. Über die Höhe der Erzeugung werden keine Angaben gemacht. Vor dem Krieg belief sich der chilenische Verbrauch, der durch Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und England, in den letzten Jahren jedoch in steigendem Maße aus Deutschland, gedeckt wurde, auf Mengen zwischen 3000 und 3500 t jährlich. Deutschland lieferte vor einer Gesamtzufuhr des Jahres 1948 in Höhe von 3100 t 2275 t.

Stockholmer „Dagens Nyheter“ fest. Einen Wettbewerb mit dem schwedischen Stahlexport dürfte der Schuman-Plan kaum bedeuten, weil der gesamte schwedische Stahlexport aus besonderen Gründen besteht, die erst nach und nach in den Vereinigten Staaten und Kanada hergestellt würden. Die Risiken des Plans lägen auf einem anderen Gebiet, der Rohmaterialversorgung mit Koks und Schrott, falls der metallurgische Koks von der Ruhr in gänzlichem Umfang von den den Plan angehängten Ländern verbraucht würde, bliebe Schweden nur der Bezug aus den Vereinigten Staaten, der in Dollar bezahlt werden muß, während gegenwärtig teils Rohkoks und teils amerikanischer Koks verwendet werde. Darin könnten sich für die schwedische Stahlindustrie gewisse Belastungen ergeben, die sich vor allem auf den Inlandmarkt geltend machen würden. Ferner bestünde die Gefahr, daß die Wiederzufuhr des Rohmaterials auf dem Eisenmarkt, wie er vor dem Krieg bestanden habe, als belastend empfunden werden könnte, daß auch in Schweden eine Beteiligung zu erwägen versucht werden würde. Hinsichtlich der Verzinsung mit Schrott läge eine ganz ähnliche Situation vor. Falls die beiden wichtigsten Partner des Planes, Westdeutschland und Frankreich, die gegenwärtig bedeutendste schwedische Schrottlieferanten sind, den gesamten Schrott selbst verbrauchen, müßte ein erheblicher Mangel für die schwedische Industrie entstehen. Schließlich bemerkt das schwedische Blatt, daß eine stärkere Verwendung von lothringischer Minette gewisse Auswirkungen auf schwedischen Export haben könnte. Der schwedische Export könne indessen einen relativ

starken Ausfall von Nachfrage erwarten, da diese zur Zeit nicht voll befriedigt werden könnte. Der schwedische Export ginge in nur verhältnismäßig geringem Umfang nach 300 möglichen Ländern des Stahlblocks. Von der Gesamtanzahl müßten in den 4 ersten Monaten dieses Jahres auf Westdeutschland 20%, Belgien 10% und die Niederlande 2%, insgesamt also 32%, während Großbritannien 2% abgenommen hat. Das Blatt schließt mit der Feststellung, daß die Frage des schwedischen Anschlusses außer den genannten Faktoren weitgehend auch von der generellen Konjunkturalgestaltung abhängig sei.

„Handels Hjälpreda“

Unter weitgehender Beteiligung aller ausübenden schwedischen Wirtschaftsorganisationen hat die AV Carlsons Debitations A/B in Stockholm ein ganz neuartiges Handbuch für den Handel herausgegeben, welches aus dem ausländischen Interessenten aus schwedischen Wirtschaftsfakten auf das Beste über alle Zweige des organisatorischen Aufbaus der Wirtschaft, die Bedingungen an Arbeitsschicht, die wichtigsten Verbände, die ausländischen Behörden, Export- und Importfragen, Devisenbestimmungen, Preiskontrollen, Lizenzwesen, Patentschutz, Steuerfragen usw. informiert. Dieses Handbuch ist vor allem nach dem Wachstum des Wirtschaftsverkehrs auf dem nordischen und westlichen Kontinenten eine sehr wertvolle Anordnung des an und für sich umfangreichen Stoffes eine schnelle und sichere Informationsmöglichkeit. An der redaktionellen Bearbeitung sind u. a. beteiligt die Hauptredakteure der Zeitschriften des „Svenska Handels“ Redaktionsrat, K. G. Bergström, sowie des „Köpingarnes“, Redakteur Erik Rudman. Der Preis des Buches beträgt 28 Kr.

Neue türkische Außenhandelspolitik

Die türkische Regierung arbeitet an einem Gesetz, durch das ein neues Außenhandelsystem eingeführt werden soll. Im Sinne der Beschlüsse der Pariser OEEC-Konferenz soll die Einfuhr und Ausfuhr der Türkei stufenweise dem Freihandel angenähert werden. Staatspräsident Djevd Beyar interessiert sich nach Pressemitteilungen persönlich sehr für diese Frage und empfiehlt eine möglichst starke Ankerhebung der Ausfuhr. Ein „Wirtschafts-Generalstab“ der demokratischen Partei prüft alle großen wirtschaftlichen, finanziellen und industriellen Probleme, deren Lösung die Regierung anstrebt. An seiner Spitze steht Kazim Taslihan, ein Istanbul-Geschäftsmann und hervorragender Finanzungsverstärker.

Nach den neuesten statistischen Veröffentlichungen zeigt der Außenhandel der Türkei mit seinen wichtigsten Handelspartnern in den ersten 4 Monaten

Deutsche Börsen

	1.6.50	14.6.50	22.6.50	30.6.50	Düsseldorf	1.6.50	14.6.50	22.6.50	30.6.50
AGF	25	25	27 1/2	28	Alexanderwerk	80	80	80	80
Bayer	25	25	26 1/2	27	Bayer AG	110	110	110	110
Brenntag	25	25	26 1/2	27	Brenntag AG	110	110	110	110
Chemie	25	25	26 1/2	27	Chemie AG	110	110	110	110
Deutsche Erdöl	25	25	26 1/2	27	Deutsche Erdöl	110	110	110	110
Deutsche Luft	25	25	26 1/2	27	Deutsche Luft	110	110	110	110
Deutsche Zement	25	25	26 1/2	27	Deutsche Zement	110	110	110	110
Deutsche Bank	25	25	26 1/2	27	Deutsche Bank	110	110	110	110
Deutsche Stahl	25	25	26 1/2	27	Deutsche Stahl	110	110	110	110
Deutsche Textil	25	25	26 1/2	27	Deutsche Textil	110	110	110	110
Deutsche Zucker	25	25	26 1/2	27	Deutsche Zucker	110	110	110	110
Deutsche Holz	25	25	26 1/2	27	Deutsche Holz	110	110	110	110
Deutsche Papier	25	25	26 1/2	27	Deutsche Papier	110	110	110	110
Deutsche Glas	25	25	26 1/2	27	Deutsche Glas	110	110	110	110
Deutsche Eisen	25	25	26 1/2	27	Deutsche Eisen	110	110	110	110
Deutsche Kupfer	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kupfer	110	110	110	110
Deutsche Zink	25	25	26 1/2	27	Deutsche Zink	110	110	110	110
Deutsche Nickel	25	25	26 1/2	27	Deutsche Nickel	110	110	110	110
Deutsche Blei	25	25	26 1/2	27	Deutsche Blei	110	110	110	110
Deutsche Zinn	25	25	26 1/2	27	Deutsche Zinn	110	110	110	110
Deutsche Silber	25	25	26 1/2	27	Deutsche Silber	110	110	110	110
Deutsche Gold	25	25	26 1/2	27	Deutsche Gold	110	110	110	110
Deutsche Wagnere	25	25	26 1/2	27	Deutsche Wagnere	110	110	110	110
Deutsche Versicherer	25	25	26 1/2	27	Deutsche Versicherer	110	110	110	110
Deutsche Banken	25	25	26 1/2	27	Deutsche Banken	110	110	110	110
Deutsche Industrie	25	25	26 1/2	27	Deutsche Industrie	110	110	110	110
Deutsche Handel	25	25	26 1/2	27	Deutsche Handel	110	110	110	110
Deutsche Transport	25	25	26 1/2	27	Deutsche Transport	110	110	110	110
Deutsche Energie	25	25	26 1/2	27	Deutsche Energie	110	110	110	110
Deutsche Medien	25	25	26 1/2	27	Deutsche Medien	110	110	110	110
Deutsche Dienstleistungen	25	25	26 1/2	27	Deutsche Dienstleistungen	110	110	110	110
Deutsche Immobilien	25	25	26 1/2	27	Deutsche Immobilien	110	110	110	110
Deutsche Kunst	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kunst	110	110	110	110
Deutsche Sport	25	25	26 1/2	27	Deutsche Sport	110	110	110	110
Deutsche Kultur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kultur	110	110	110	110
Deutsche Wissenschaft	25	25	26 1/2	27	Deutsche Wissenschaft	110	110	110	110
Deutsche Religion	25	25	26 1/2	27	Deutsche Religion	110	110	110	110
Deutsche Politik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Politik	110	110	110	110
Deutsche Philosophie	25	25	26 1/2	27	Deutsche Philosophie	110	110	110	110
Deutsche Literatur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Literatur	110	110	110	110
Deutsche Musik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Musik	110	110	110	110
Deutsche Kunst	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kunst	110	110	110	110
Deutsche Sport	25	25	26 1/2	27	Deutsche Sport	110	110	110	110
Deutsche Kultur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kultur	110	110	110	110
Deutsche Wissenschaft	25	25	26 1/2	27	Deutsche Wissenschaft	110	110	110	110
Deutsche Religion	25	25	26 1/2	27	Deutsche Religion	110	110	110	110
Deutsche Politik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Politik	110	110	110	110
Deutsche Philosophie	25	25	26 1/2	27	Deutsche Philosophie	110	110	110	110
Deutsche Literatur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Literatur	110	110	110	110
Deutsche Musik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Musik	110	110	110	110
Deutsche Kunst	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kunst	110	110	110	110
Deutsche Sport	25	25	26 1/2	27	Deutsche Sport	110	110	110	110
Deutsche Kultur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kultur	110	110	110	110
Deutsche Wissenschaft	25	25	26 1/2	27	Deutsche Wissenschaft	110	110	110	110
Deutsche Religion	25	25	26 1/2	27	Deutsche Religion	110	110	110	110
Deutsche Politik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Politik	110	110	110	110
Deutsche Philosophie	25	25	26 1/2	27	Deutsche Philosophie	110	110	110	110
Deutsche Literatur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Literatur	110	110	110	110
Deutsche Musik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Musik	110	110	110	110
Deutsche Kunst	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kunst	110	110	110	110
Deutsche Sport	25	25	26 1/2	27	Deutsche Sport	110	110	110	110
Deutsche Kultur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kultur	110	110	110	110
Deutsche Wissenschaft	25	25	26 1/2	27	Deutsche Wissenschaft	110	110	110	110
Deutsche Religion	25	25	26 1/2	27	Deutsche Religion	110	110	110	110
Deutsche Politik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Politik	110	110	110	110
Deutsche Philosophie	25	25	26 1/2	27	Deutsche Philosophie	110	110	110	110
Deutsche Literatur	25	25	26 1/2	27	Deutsche Literatur	110	110	110	110
Deutsche Musik	25	25	26 1/2	27	Deutsche Musik	110	110	110	110
Deutsche Kunst	25	25	26 1/2	27	Deutsche Kunst	110	110	110	110
Deutsche Sport	25	25	26 1/2	27	Deutsche Sport	110	110	110	110
Deutsche Kultur	25	25	26 1/						

Die aktuelle Reportage:

Karlsruher Rheinhafen

Es ist eine selbstverständliche Pflicht, vor politischen Entscheidungen, die eine stark wirtschaftliche Seite haben, die Wähler über die wirtschaftlichen Begrenzungen aufzuklären. Je besser der Wähler orientiert wird, um so sicherer kann er seine Entscheidung treffen. Südwestdeutschland steht vor einer solchen Entscheidung, nämlich entweder Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg oder Bildung des Südweststaates. Dieser Wahlkampf hat bereits in den Köpfen prominenter süddeutscher Politiker heftige Wellen geschlagen und zu starken Kontroversen geführt.

Im Mittelpunkt dieser Meinungsverschiedenheiten steht auch die Stadt Karlsruhe, die ja immer Hauptstadt des Landes Baden war und auch wieder werden soll, wenn ein Land Baden aus dieser Entscheidung hervorgeht sollte. Karlsruhe ist als Rheinmetropole gebaut und hat diesen Charakter bis heute nicht verloren. Haben aber entwickelte sich eine rege Industrie, aber diese Entwicklung wurde durch verschiedene politische Entscheidungen immer wieder gebremst. Schließlich liegt ja Karlsruhe nur wenige Kilometer vom Rhein entfernt und damit von der Grenze nach Frankreich. Ein besonders wirtschaftliches Kraftzentrum Karlsruhes war und ist auch heute noch sein Rheinhafen. Es lag daher für uns als Wirtschaftsrevue, die auch noch in Karlsruhe erscheint, nahe, einmal die Entwicklung dieses Rheinhafens darzustellen, insbesondere in Hinblick auf die Entscheidung Baden — Südweststaat.

Mit großen Eifer und nicht minder großen Kosten hatten sowohl die im Rheinhafen ansässigen Unternehmungen, die den größeren Teil der Hafenanlagen einnehmen, als auch die Stadt Karlsruhe auf ihrem Gelände die durch Kriegseinwirkung entstandenen umfangreichen Schäden im Hafen von Karlsruhe ausgemerzt und zum guten Teil wieder behoben. Der Wille zum Wiederaufbau war von dem Wunsch getragen, für viele Tausende in einer guten Umschlagsbeschäftigung Lohn

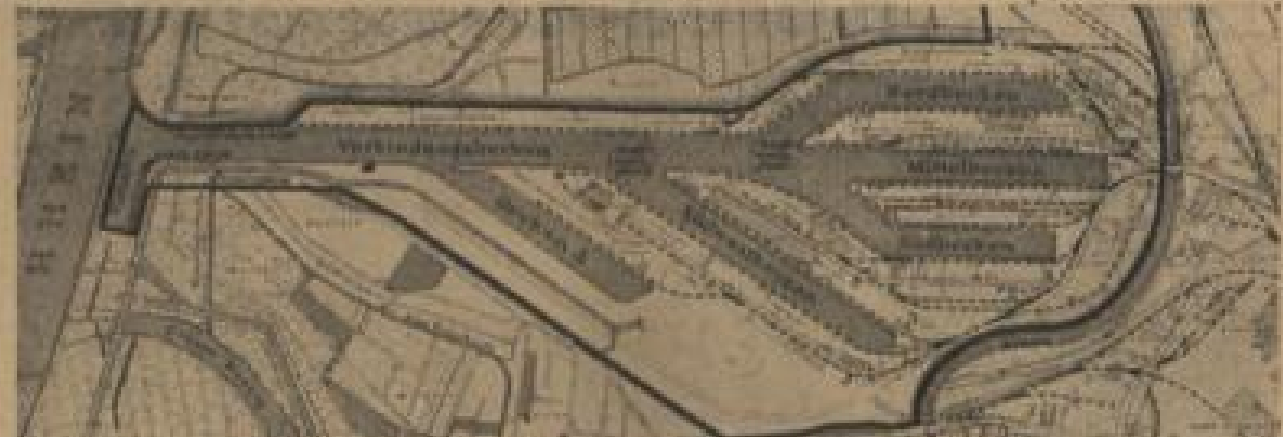
den diesen sogar erheblich überschritten. Der Gesamtverkehr auf dem Neckar ist von 1,4 Mill. Tonnen im Jahr 1939 auf 1,8 Mill. Tonnen im Jahr 1949 angewachsen und steigt z. Zt. noch weiter an. Heilbronn Verkehrswörter im Jahre 1941 betrug 1,2 Mill. Tonnen und dürfte in diesem Jahr wohl wieder erreicht werden. Was ist in diesen Tagen eine neue Regelung getroffen worden, die Karlsruhe wieder einen gewissen Zusatz an Kohlenumschlag bringen wird. Der Frachtausstoß für den

besteht sind. Außerdem hat die Industrie im Karlsruher Rheinhafen wieder aufgebaut und mit der Produktion begonnen, oder sich sogar neu etabliert, wie Getreide-Brückenbau, die Maschinenfabrik Weiser, Loser & Co. und die Biersteinfabrik von Mendinger-Pendel, die wir noch kennen.

Nach diesem kurzen Überblick über die Bedeutung und Entwicklung des Karlsruher Hafens haben wir uns in ein Boot gesetzt und die Hafenanlagen einmal durchfahren. Der Hafen verfügt über 5 Becken und den 100 m breiten und 1,9 km langen Verladekanal zum offenen Rhein, an dem sich gleichzeitig ausgebaute Umschlaganlagen und Lagerplätze (insbesondere für Holz) befinden und der somit als 6. Hafenbecken betrachtet wird. Die nutzbare Uferlänge beträgt 11 km und die Binnenanlagen haben eine Länge von 62 km, 13 moderne Verladebecken und eine Anzahl weilerer Kräne, Getreide-Elevatoren, Band- und Saugförderanlagen, sowie Werft- und Lagerhallen lassen bei einschichtigem Betrieb eine Umschlagskapazität von 4 Mill. Tonnen jährlich zu. Etwa 50 Schiffe können gleichzeitig beladen und gelüftet werden. Es darf erwähnt werden, daß — ohne Kohle — mehr als die Hälfte des Karlsruher Verkehrs für Württemberg bestimmt ist und aus diesem Gebiet stammt. Für das Karlsruhe als der nächstgrößere Umschlagort besondere Bedeutung hat.

Außerdem ist der Karlsruher Rheinhafen als z. Zt. noch südlichster deutscher Binnenerschiffahrtshafen auch sehr bedeutend für den Export aus dem südwestdeutschen Raum. Ganze Züge mit Mercedes 5-Wagen gehen von hier nach Afrika und Südamerika.

Die Firma **Mendinger-Pendel** Transportgesellschaft mbH, Karlsruhe, als Agens von 14 großen bollendischen Seelinien, betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, den am Export beteiligten Firmen glatte Schiffsverbindungen nach den Rheinstädtischen Häfen herzustellen, um unter Einschaltung des Rheinstromes die günstigsten Wasserfrachten und damit gute Kalkulationsmöglichkeiten zu bieten. Mehrmals wöchentlich steht bereit, wie hochverehrte Industrieexperten in moderne Motorschiffe umgeladen werden, die diese Güter direkt längsseits an die in Amsterdam/Rotterdam anlaufenden Seeadraper anlanden. Auf diese Weise werden billige Fokien, schnellste Befrachtung und — bedingt durch die Leistungssteigerung im Seehafen — schonendste Behandlung der Güter erzielt. Der Hafen Karlsruhe



steht zur Verfügung. Außerdem hat die Firma große Sieb- und Brechanlagen für Kohle. Die Brechanlage besteht aus 6 Trichtern zu je 30 Tonnen; durch diese Trichter fließt die Kohle nach auf ein Bechwerk, das die Kohle in die Siebe schüttert und von dort auf die Lastwagen. In dieser Anlage wird die Kohle besonders schonend behandelt. Einen der größten Lagerplätze hat die

Haab Kärcher GmbH. Sie betreibt den Kohlen- und -einzelhandel sowie den Mineralölhandel (die Firma hat für ein größeres Gebiet um Karlsruhe herum die Vertretung des Benzolverbandes). Außerdem wird der Großumschlag für Fremde betrieben. Beide Verladebecken wurden im Krieg zerstört. Aus beiden zusammen wurde eine Verladebrücke wieder herbeifertig hergestellt, aber mit ihr kann nicht die ganze Größe des Lagerplatzes bestrichen werden, so daß der Lagerplatz nicht ganz ausgenutzt werden kann.

Auch die Firma **Winschermann GmbH.** betreibt den Kohlen- und -Kleinhandel, sowie den Kraumhandel. Sie hat am Mittelbecken einen Lager-

platz von 36700 qm und zwei Laufkräne. Schließlich die Firma **Carl August Nielsen & Co.** hat Großumschlag in Massenportern wie Holz, Eisen, Bismut und in im Kohlen- und -Platzhandel tätig. Sie verfügt über eine ca. 16000 qm große Lagerfläche, eine Koksbrücke und einen 4-5-Tonnen-Kran. Ein eigener Autopark wird für die Befahrung des Platzes genutzt.

Strukturwandel In dem Verhältnis von Anfuhr und Abfuhr hat sich nach dem Krieg ein starker Strukturwandel bemerkbar gemacht. Von 1941 mit 2,7 Mill. Tonnen ging die Güterabfuhr auf 1 Mill. Tonnen im Jahre 1949 zurück, also auf 37%, aber die Güterabfuhr lag 1949 um 30% höher als 1941. Vor Kriegsende mußten im allgemeinen 90% des in Karlsruhe beladen angekommenen Schiffsraumes leer zu Tal fahren, 1949 dagegen konnten mehr als 40% dieses Schiffsraumes selbstständig füllt bei einer solchen Rundfahrt durch den Hafen an den verschiedensten Stellen die große Leere auf, insbesondere an den Plätzen, die früher dem Kohlenumschlag gedient haben.

Auch das große Gebäude, das der Lagerung von Braunkohle dient, ist wesentlich leerer geworden, obwohl es zum Teil jetzt zur Lagerung von Saperophaht benutzt wird. Wir sahen die moderne Leuchtanlage für Braunkohle, aber sie tritt sehr viel weniger in Tätigkeit als im Frieden. Nach der Währungsreform wurde es schwer, den Wiederaufbau der Hafenanlagen zu finanzieren. Der Markt ging die Ressourcen verloren und Kredite waren nicht zu beschaffen. Dabei ist auf dem städtischen Gelände des Hafens noch manches wieder zu beschaffen. Es wird daher notwendig sein, niedrig verzinsliche Kredite zu beschaffen, um die Schäden zu beheben und vielleicht auch besondere Einrichtungen zu schaffen, die einen zusätzlichen Umschlag in den Gütern ermöglichen, die einen Ersatz für den verlorengegangenen Kohlenumschlag bringen könnten.

Pflege Die Stadt Karlsruhe steht in dem Hafen den stärksten Aktivposten der Wirtschaft Karlsruhes. Bis jetzt wurde das Hauptgewicht auf den Umschlag im Hafen gelegt, aber man ist sich längst klar darüber, daß der Umschlag unter den jetzt gegebenen Umständen niemals wieder die alte Höhe erreichen kann. Außerdem hat die Entwicklung gezeigt, daß der Umschlag sehr stark schwanken kann, also keine hinreichend sichere Basis für die Ausnutzung der Hafenanlage bringen kann. Darum bemüht man sich jetzt, an der Indu-

strie, die bereits im Hafen vorhanden ist, und auf die wir dann zu sprechen kommen, neue Industrien anzusiedeln. Das gibt dann eine festere Basis, weil eine zum einmal angelegte Industrie ist nicht so leicht abzuwandern kann wie ein Umschlag. Verkehrsverbesserungen sind es immer geben, aber die Industrie bleibt doch im wesentlichen an einen einmal gewählten Standort gebunden, und die Standortfrage ist im Karlsruher Rheinhafen sehr günstig.

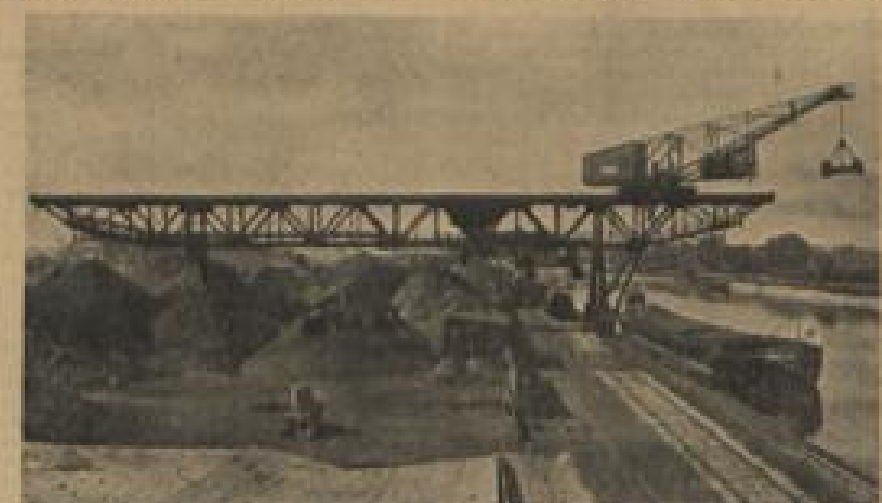
Schauer-Werke GmbH. Im Rheinhafen ansässig. Sie haben in den letzten Jahren vor dem Krieg als Hersteller der Schauer-Hochleistungsdrückbohrer in Fachkreisen weitestgehend bekannt. Die stets fortgesetzte Verbesserung der betrieblichen Genauigkeitsschnelldrehbohrer durch den Mitgründer des Unternehmens, Herrn Otto Schauer, der bis zu seinem im Jahre 1918 erfolgigen Auscheiden das Unternehmen technisch leitete, begründete den Ruf der Firma. Durch den späteren Ausbau der Fertigung durch neue Konstruktionen und durch den stielst-bereden Arbeitwillen aller Betriebsangehör-

kreide für den Schulbedarf wird hier geschmitten. Die Firma **Bausiedler Müller, Glauser, Taxis** wurde im Jahre 1829 in Karlsruhe gegründet. Die Firma beschäftigt zur Zeit eine Helegenschaft von 110 Mann. Der Betrieb verfügt in Karlsruhe über drei Lagerplätze mit insgesamt ca. 15.000 qm Lagerfläche in der Innenstadt, Oststadt und im Rheinhafen. Neben der Abteilung Baustoffgroßhandel, mit umfangreichem Kraftwagenpark, werden in der Ausführungs-Abteilung Boden- und Wandplattenbeläge aller Art, Gips- und Stinkholz-Estriche, fugelose Steinbohlen, Glasstahlbeton-Oberflächen und Isolierungen ausgeführt. Das **Sauerstoffwerk Karlsruhe** gewinnt, wie der Name sagt, Sauerstoff, der komprimiert in Stahlflaschen für die Zwecke der autogenen Metallbearbeitung in den Handel gebracht wird. Das Werk hat durch Fliegerangriffe schwere Schäden, ist aber wieder gut im Aufbau, und der Leiter, Herr Hennefeld, glaubt, daß das Werk bald wieder seinen früheren Produktionsumfang haben wird.

Wir konnten nun zu den Werken, die sich nach dem letzten Krieg im Karlsruher Hafen angesiedelt haben. So erstellte die Maschinen- und Motorenfabrik **Weiser, Loser & Sohn** K.G. früher in Mülhausen — dort aber zerstört — ein beachtliches neues Werk im Rheinhafen in diesem werden besonders Teigwaren-Maschinen für den kleinsten Maschine für Handbetrieb bis zum modernsten Teigwaren-Vollautomaten hergestellt. In den oben Mehl und Flüssigkeit eingeschüttet werden, unten kommen die fertigen Teigwaren heraus. Ferner baut die Firma Knet- und Mischmaschinen für die Nahrungsmittel- und chemische Industrie von 25 bis 300 Liter zur Bearbeitung aller und plastischer Massen. In einer Sonderabteilung werden Elektromotoren von 0,4 bis 25 PS gefertigt, insbesondere Langsamlauf- und Getriebevarianten für Kleinantriebe. Auch nach dem Krieg ist auf dem Hafengelände ein **Bismutwerk** der Firma Mendinger-Pendel errichtet worden. Der Bismut und der Zinn kommen per Schiff an und werden an Ort und Stelle zu den bekannten Bismut verarbeitet. Von dieser Fabrik an Rheinhafen geht es heute direkt per Lastwagen an die Baustelle. Eine genaue Kalkulation der Frachten ist hier dringend notwendig. Schon ein geringes Unterbleiben der Lastwagenfrachten kann sehr schnell eine Verdrängung der Kostenverhältnisse und eine Konkurrenzfähigkeit hervorrufen.

Nach dem Zusammenbruch kam die alte bekannte Stahlhoch- und Brückenbaufirma **J. Gollnow & Sohn** nach Karlsruhe. Für die Absicht der Firma, sich in Karlsruhe zu etablieren, sprach in erster Linie die Tatsache, daß früher vorliegende Brückenbauten in ländlichen Gegenden zum großen Teil auch den Import von Holzern aus südlichen Staaten und Übersee betrieb. Während des Krieges wurden die An-

lagen durch wiederholte Schäden fast völlig zerstört. Der Wiederaufbau wurde besonders durch die Bestimmungen des Wiedergutmachungsgesetzes behindert. Nummer wird aber Zug um Zug wieder aufgebaut, da eine glückliche Begehung mit den Vorbesitzern getroffen werden konnte. Die Firma erzeugt als Spezialität Fußböden aller Art aus In- und ausländischen Holzern und will für diesen Betriebszweig des Wiederaufbaus weiter arbeiten. Seit 1918 arbeitet auf dem Gelände des Rheinhafens die 1893 gegründete Firma **August Peppier**. Sie stellt reine Leinwand, Mennige- und Schwarzpulver her. Außerdem betreibt sie Knechtelmann, Champagner-Kredenz kommt aus Frankreich in großen Mengen und wird zu verschiedenen feinen Kreiden verarbeitet. Auch Tafel-



Verladebrücke I der Firma Stromeyer mit Drehkran.

und Brot finden zu lassen. Die Unternehmungen brauchen ihre Ordnung und ihre Plätze wieder in Ordnung. Die Stadt Karlsruhe stellt den großen Getreidespeicher wieder her, der sowohl eine Silo-Anlage wie Schüttböden enthält. Auch Lagerhallen sind jetzt wieder aufgebaut. Man hat alles getan, um den Hafen in den friedensmäßigen Zustand zu versetzen — aber der Verkehr blieb aus. Durchschonlich wird nur ein Drittel der bestehenden Kapazität ausgenutzt. Das vor 30 Jahren begonnene, läßt Arbeit am Karlsruher Hafen liegt heute in zwei Drittel brach.

Gründe für den Rückgang

Man muß sich daran erinnern, daß der Umschlag des Hafens Karlsruhe vor diesem Krieg 1,8 Millionen Tonnen und im Jahr 1941 sogar 3 Mill. Tonnen betrug. Im Jahre 1949 dagegen kam der Hafen Karlsruhe nur auf 1,2 Millionen Tonnen. Damit lag der Umschlag von Karlsruhe nicht nur wesentlich niedriger als vor dem Krieg, sondern der Rückgang des Umschlages war in Karlsruhe prozentual größer als in anderen Rheinhäfen in Karlsruhe ging der Umschlag auf 40%, in dem östlichen Rheinhäfen nur auf 20% des Friedensstandes zurück. Es muß dabei erwähnt werden, daß der Anteil der ausländischen Häfen am Oberrheinverkehr zugenommen hat: im Jahre 1949 veranlagte die Häfen Straßburg und Basel 42% des gesamten Oberrheinverkehrs auf sich, im Jahre 1938 waren es nur 32%. Es ist also eine deutliche Verschiebung von dem deutschen Hafen zu den ausländischen Häfen festzustellen.

Die Gründe aber dafür, daß Karlsruhe besonders stark in seinem Umschlag zurückgegangen ist, sind mannigfaltig. Die Zonengrenze, die knapp 30 km südlich von Karlsruhe begann, nahm diesen Hafen einen Teil des natürlichen Hinterlandes. Nach Aufhebung der Zonengrenze setzte sowohl eine Beladung ein, aber in dem früheren Hauptumschlagort des Hafens, nämlich der Kohle, konnte sich aus anderen Gründen eine Beladung nicht durchsetzen. Über zwei Drittel des Karlsruher Hafensumschlages im Frieden gehörte der Kohle. Heute beträgt dieser Umschlag im Rheinmetropole kaum noch 15 bis 20% und in Braunkohle etwa 25% des Friedensumschlages. Zwei Gründe sind im wesentlichen dafür maßgebend: erstens wird die Kohle für die französische Zone immer noch größtenteils in Ludwigshafen umgeschlagen. Es besteht jetzt allerdings Aussicht, daß diese Regelung aufgehoben wird und dadurch Karlsruhe wieder Umschlagplatz für die Kohle der südfranzösischen Zone wird. Zweitens hat inzwischen Heilbronn den Kohlenumschlag für Württemberg übernommen. Heilbronn wurde in diese günstige Lage dadurch versetzt, daß es keine Kanalgebühren von Rhein den Neckar hinauf bis Heilbronn zu bezahlen braucht und daß Heilbronn von der Reichsbahn während des Krieges zur Sicherung der Versorgung in den verbotenen Kohlenabfuhrplätzen U I einbezogen wurde und die heute noch hat.

Aussichten auf Besserung

Während am Karlsruhe und Mannheim eine starke Minderungs ihres Beschäftigungsgrades hinnehmen mußten, konnte Heilbronn nicht nur wieder den Verkehr des Jahres 1938 erreichen, son-

Rhein hat eine Senkung der Kosten für Massengüter auf dem Rhein beschlossen. Mit Wirkung vom 1. Juli wird danach der Tarif für Massengüterfrachten zwischen der Ruhr und Karlsruhe von 8,85 auf 8,35 DM pro Tonne (also um 50 Pf.) pro Tonne ermäßigt. Der Frachtausstoß heißt, daß durch die Umkehr der Kohlenfrachten auf dem Wasserweg gesteigert wird. Darüber wird versucht, durch einen internen Ausgleich eine stärkere Beschäftigung der Oberbecken im Kohlenverkehr zu ermöglichen. Diese Maßnahmen zusammen mit der erwartenden Regelung für Ludwigshafen werden, wie gezeigt, eine Hebung des Kohlenumschlages im Karlsruher Rheinhafen mit sich bringen, aber selbst bei optimistischer Berechnung dürfte sich nach Durchföhrung dieser Regelung Karlsruhe nur etwa die Hälfte des Friedensumschlages an Kohle erreichen. Ein zahlenmäßig hat der Karlsruher Rheinhafen in dem Umschlag der nicht Kohle ist, ungeachtet seiner Friedensmenge wieder erreicht, aber diese Zahl-



Schenk & Schmittler, wie die Firma vor dem Fliegerangriff aussah.

len sind durch Transporte beeinflusst, deren Bestand keineswegs gesichert ist. Man muß nämlich berücksichtigen, daß ein großer Teil der Reparationsleistungen an Holz über den Karlsruher Rheinhafen ging, was nun schon einige Zeit zu Ende ist. Ferner haben, wie wir noch sehen werden, einige Unternehmen den Schrottschlackel hinzugenommen, um ihre Anlagen auszuweiten zu können. Auch dieser Umschlag ist zeitlich begrenzt und wird früher oder später aufhören. In einigen Gütern konnte ja nach der Umkehr noch gar nicht wieder auf die Friedenshöhe kommen, weil die Anlagen zerstört waren. Wir denken dabei insbesondere an den Getreidespeicher, der ja erst vor einiger Zeit wieder voll in Betrieb genommen werden konnte und dessen Wiederherstellung fast 1 1/2 Mill. DM gekostet hat.

Umschlag und Industrie

Es hat aber nicht an Initiative gefehlt, um den Umschlag zu steigern. Da ist anzudeuten, wie schon erwähnt, darauf hinzuweisen, daß einige Kohlenverhandlungen vorläufig den Schrottschlackel mitübernehmen haben und damit erreichten, daß sowohl die Personal als auch ihre Kräne singularen

ist dank seiner verkehrsgünstigen Lage, demis ein wichtiger Umschlagplatz nicht nur für Exportgüter, sondern auch für Importe, um sie abzuheben in den südwestdeutschen Raum zu schleppen.

Im Mittelbecken erwarb die Firma

M. Stromeyer Lagerhausgesellschaft, Konstanz, im Jahre 1905 einen 12.000 qm großen Umschlagplatz mit Dampfkranen. Die Umschlaganlage wurde erst im Jahre 1912 an ein neues Gelände mit 21.000 qm am Mittelbecken erworben. Ein Landkran, ein ganz modernes, 1934 erbautes Koksbrückenwerk, ein Saugwerk und Transportbänder für das Beladen von Fahrzeugen vervollständigen die Leistungsfähigkeit des Betriebes, der seit Jahrzehnten unter der Leitung des rührigen Direktors Richter steht, der auch Vorsitzender des Verbandes der Umschlagsbetriebe ist.

Die Firma **Franz Daniel & Co. GmbH.** betreibt Massengüter, wie Kohle, Koks, Bricket, Schrot, Kies usw. Ein moderner 5-Tonnen-Kran (1936 gebaut)



J. Gollnow & Sohn — die große Montagehalle für den Brückenbau

platz von 36700 qm und zwei Laufkräne. Schließlich die Firma **Carl August Nielsen & Co.** hat Großumschlag in Massenportern wie Holz, Eisen, Bismut und in im Kohlen- und -Platzhandel tätig. Sie verfügt über eine ca. 16000 qm große Lagerfläche, eine Koksbrücke und einen 4-5-Tonnen-Kran. Ein eigener Autopark wird für die Befahrung des Platzes genutzt.

Strukturwandel In dem Verhältnis von Anfuhr und Abfuhr hat sich nach dem Krieg ein starker Strukturwandel bemerkbar gemacht. Von 1941 mit 2,7 Mill. Tonnen ging die Güterabfuhr auf 1 Mill. Tonnen im Jahre 1949 zurück, also auf 37%, aber die Güterabfuhr lag 1949 um 30% höher als 1941. Vor Kriegsende mußten im allgemeinen 90% des in Karlsruhe beladen angekommenen Schiffsraumes leer zu Tal fahren, 1949 dagegen konnten mehr als 40% dieses Schiffsraumes selbstständig füllt bei einer solchen Rundfahrt durch den Hafen an den verschiedensten Stellen die große Leere auf, insbesondere an den Plätzen, die früher dem Kohlenumschlag gedient haben.

Auch das große Gebäude, das der Lagerung von Braunkohle dient, ist wesentlich leerer geworden, obwohl es zum Teil jetzt zur Lagerung von Saperophaht benutzt wird. Wir sahen die moderne Leuchtanlage für Braunkohle, aber sie tritt sehr viel weniger in Tätigkeit als im Frieden. Nach der Währungsreform wurde es schwer, den Wiederaufbau der Hafenanlagen zu finanzieren. Der Markt ging die Ressourcen verloren und Kredite waren nicht zu beschaffen. Dabei ist auf dem städtischen Gelände des Hafens noch manches wieder zu beschaffen. Es wird daher notwendig sein, niedrig verzinsliche Kredite zu beschaffen, um die Schäden zu beheben und vielleicht auch besondere Einrichtungen zu schaffen, die einen zusätzlichen Umschlag in den Gütern ermöglichen, die einen Ersatz für den verlorengegangenen Kohlenumschlag bringen könnten.

Pflege Die Stadt Karlsruhe steht in dem Hafen den stärksten Aktivposten der Wirtschaft Karlsruhes. Bis jetzt wurde das Hauptgewicht auf den Umschlag im Hafen gelegt, aber man ist sich längst klar darüber, daß der Umschlag unter den jetzt gegebenen Umständen niemals wieder die alte Höhe erreichen kann. Außerdem hat die Entwicklung gezeigt, daß der Umschlag sehr stark schwanken kann, also keine hinreichend sichere Basis für die Ausnutzung der Hafenanlage bringen kann. Darum bemüht man sich jetzt, an der Indu-



Weiser, Loser & Sohn, K.G.

lagen durch wiederholte Schäden fast völlig zerstört. Der Wiederaufbau wurde besonders durch die Bestimmungen des Wiedergutmachungsgesetzes behindert. Nummer wird aber Zug um Zug wieder aufgebaut, da eine glückliche Begehung mit den Vorbesitzern getroffen werden konnte. Die Firma erzeugt als Spezialität Fußböden aller Art aus In- und ausländischen Holzern und will für diesen Betriebszweig des Wiederaufbaus weiter arbeiten. Seit 1918 arbeitet auf dem Gelände des Rheinhafens die 1893 gegründete Firma **August Peppier**. Sie stellt reine Leinwand, Mennige- und Schwarzpulver her. Außerdem betreibt sie Knechtelmann, Champagner-Kredenz kommt aus Frankreich in großen Mengen und wird zu verschiedenen feinen Kreiden verarbeitet. Auch Tafel-

in dem Wunsche der Stadtverwaltung nach stärkerer Industrialisierung eine Möglichkeit, ihre alte traditionsgebundene Tätigkeit nach dem Zusammenbruch und dem damit verbundenen Verlust des großen Stettiner Werkes an südwestdeutschen Raum fortzusetzen. Die schnelle Entwicklung der Firma rechtfertigte diese Disposition in vollem Umfang, denn es gelang ihr innerhalb kurzer Zeit, wieder namhafte Stahlbauaufträge durchzuführen. So wurde von der Firma Gollnow unter anderem ausgeführt: 1. die im Vorjahr dem Verkehr übergebene Straßenbrücke über den Neckar bei Orlinghausen-Dieselsheim; 2. die große Autobahnbrücke über die Einfahrtgleise zum Hauptbahnhof bei Durlach; 3. 2 große Brückenbauten im Bereich der RBD Kassel sowie eine Brücke über die Donau bei Demauwerth. II.